

100

Thesen für eine bessere Bildungspolitik

Expertengruppe Bildung
der Konrad-Adenauer-Stiftung

Zehn Thesen für eine bessere Bildungspolitik

Expertengruppe Bildung
der Konrad-Adenauer-Stiftung

Präambel

Bildung ist ein wesentlicher Bestandteil des menschlichen Lebens. Bildung ermöglicht Selbstentfaltung. Sie ist Voraussetzung für die Entwicklung starker Persönlichkeiten, die für sich und andere Verantwortung übernehmen. Der Begriff „Bildsamkeit“ verweist darauf, dass Menschen der Bildung bedürfen, aber auch dazu befähigt sind.

Unsere Vorstellungen von Bildung und das dahinterstehende Menschenbild sind tief in der europäischen Kultur und im Christentum verwurzelt. Jeder Mensch ist einzigartig, jede(r) kann etwas, keine(r) kann alles, und niemand kann nichts. In unserem Bildungsideal sind Offenheit, Toleranz und Bejahung der Vielfalt angelegt.

Menschen sind unterschiedlich, und die Anerkennung dieser Unterschiedlichkeit kommt allen zugute. Die Vielfalt der Bildungsangebote in einer modernen Gesellschaft muss der Vielfalt der Begabungen, Interessen und Neigungen der Menschen entsprechen.

Das schließt ein, Menschen unabhängig von Kultur und Glauben anzunehmen und zu respektieren und alle unabhängig von ihren biografischen Herkunftsbedingungen oder individuellen Entwicklungsbeeinträchtigungen nach Kräften zu fördern.

Familien und Bildungseinrichtungen haben die Aufgabe, Kindern und Jugendlichen den Erwerb wichtiger Kompetenzen und grundlegender Erfahrungen in der Gemeinschaft zu ermöglichen. Dazu muss ihnen etwas zugetraut und abverlangt werden. Leistung verdient Förderung und Anerkennung.

So kann es gelingen, ein ziviles Miteinander, kulturellen und sozialen Fortschritt, wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand zu sichern und den gesellschaftlichen Wandel – im Einklang mit der natürlichen Umwelt und den Interessen künftiger Generationen – zu gestalten.

Summary

Die Expertengruppe Bildung stellt zehn Thesen zur Modernisierung der Bildungspolitik auf:

1. Die Übergänge von einer Bildungsphase zur nächsten müssen besser abgestimmt werden. Seite 8

Der Bildungserfolg hängt vom reibungslosen Übergang zwischen den einzelnen Bildungsstationen ab. Gelingt der Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule, von dort in die Sekundarstufe und weiter in die berufliche und akademische Ausbildung, kann Bildung nachhaltig erfolgreich sein. Damit sich dieser Erfolg einstellt, ist eine verbindliche Abstimmung über Ziele, Inhalte und Qualität jeder Bildungsphase notwendig. Die nächsthöhere Bildungsstufe muss ihre Anforderungen klar definieren, die darunter liegende Bildungsstufe ihre Lehrpläne entsprechend ausrichten.

2. Bildungsgerechtigkeit bedeutet, individuelle Potenziale zu aktivieren. Seite 12

Unser Bildungssystem ist dann gerecht, wenn es jedem Kind bestmögliche Entwicklungschancen bietet. Besonders begabte Kinder verdienen ebenso eine Förderung wie Kinder, denen das Lernen schwerfällt. Wachsen Kinder unter ungünstigen Bedingungen auf, die die Eltern nicht aus eigener Kraft kompensieren können, muss der Staat dafür sorgen, dass Entwicklungen und Talente der Kinder und Jugendlichen gefördert werden. Um allen Kindern gerecht zu werden, muss unser Bildungssystem differenzierte Bildungswege anbieten, die untereinander durchlässig und anschlussfähig sind. Es ist gut, dass Kindertagesstätten, Schulen

und Lehrinrichtungen verschiedene Profile haben, unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte setzen und in unterschiedlicher Trägerschaft sind.

3. Die Lernbereitschaft muss gefördert und das Leistungsniveau verbessert werden. Seite 18

Lernbereitschaft und Leistungswille sind von zentraler Bedeutung. Um eine hohe Bildungsqualität zu gewährleisten, müssen Mindeststandards in allen Bildungseinrichtungen gelten. Kinder und Jugendliche sollten entsprechend ihren individuellen Leistungsmöglichkeiten, ihren Begabungen und Neigungen gefördert werden. Alle Begabungsprofile sind grundsätzlich gleich viel wert.

4. Die Länder brauchen mehr Gemeinsamkeiten in der Bildung. Seite 23

Gemeinsame Bildungsstandards sollten für alle Bundesländer gelten. Dazu schlagen wir einen Staatsvertrag zwischen den Bundesländern vor, der die wichtigsten Bildungsziele und Qualitätsanforderungen und deren Einhaltung anhand von verbindlichen Kriterien bundesweit vorgibt. Dies richtet den deutschen Bildungsföderalismus stärker auf Leistung und Gleichwertigkeit aus.

5. Bildung muss zum Leben und Arbeiten in einer digitalen Welt befähigen. Seite 28

Unser Bildungssystem muss sich der Digitalisierung öffnen. Kinder und Jugendliche sollen altersgerecht und systematisch neue Technologien und Medien kennenlernen. Bildungsstätten müssen dazu über eine entsprechende Infrastruktur verfügen und inhaltliche Konzepte für die Digitalisierung in der Bildung entwickeln. Ebenso wichtig wie Fertigkeiten in der Anwendung ist die Reflexion über Strukturen und Mechanismen, Chancen und Risiken einer digitalisierten Welt.

6. Eine gute frühkindliche Bildung stellt Weichen für das ganze Leben. Seite 33

Die ersten Lebensjahre haben erheblichen Einfluss auf die gesamte Bildungsbiografie eines Menschen. Gute Bildung von Anfang an ist unerlässlich und muss gefördert werden – in Familien und in Kindertagesstätten. Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass frühkindliche Betreuungseinrichtungen noch stärker zu Bildungseinrichtungen werden.

7. Schulen müssen motivierende Bildungsorte sein. Seite 38

Schülerinnen und Schüler brauchen ein motivierendes Lernumfeld. Engagierte und fähige Lehrkräfte, die den Lernenden als orientierendes Gegenüber begegnen, sind entscheidend für den Schulerfolg. Ein „Masterplan Lehrerbildung“ soll helfen, die Lehrerausbildung zu verbessern. Um aus Schulen attraktive Bildungsorte zu machen, brauchen sie ausreichendes und für die heutigen Anforderungen qualifiziertes Personal. Zu den nötigen Qualifikationen gehört auch das Koordinieren von Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, die die Lehrerschaft in ihrer Arbeit unterstützen und entlasten. Für einen motivierenden Bildungsort kommt es auch auf den Zustand der Schulgebäude an.

8. Die berufliche Ausbildung muss attraktiver werden. Seite 43

Deutschland wird für seine duale Berufsausbildung weltweit geschätzt. Sie trägt maßgeblich zur Qualität der Facharbeit bei. Das duale Ausbildungssystem muss weiter modernisiert werden, um die Breite der Bildungsmöglichkeiten aufzuzeigen und um den neuen Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden. Die Berufsschulen müssen dafür entsprechend aus-

gestattet werden. Erwerbs- und Aufstiegschancen, die mit einer dualen Ausbildung verbunden sind, müssen besser kommuniziert werden, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

9. Die Hochschulbildung in Deutschland benötigt eine ausreichende Finanzierung und effizientere Strukturen. Seite 48

An den Hochschulen studieren immer mehr Menschen. Um den Anforderungen der modernen Wissenschaft und des sich wandelnden Arbeitsmarktes gerecht zu werden, brauchen die Hochschulen eine bessere, verlässliche Finanzierung und leistungsfördernde Rahmenbedingungen.

10. Lebenslanges Lernen muss selbstverständlich werden. Seite 53

Damit lebenslanges Lernen gelingt, werden neue Strukturen in der Weiterbildung und qualitativ gute Bildungsangebote benötigt, die sich am Bedarf der Lernenden und der Arbeitswelt ausrichten. Darüber hinaus brauchen wir gesellschaftliche Akzeptanz, dass lebenslanges Lernen für alle selbstverständlich wird. Berufliche Neuorientierung darf nicht als Bruch empfunden und sollte im Weiterbildungssystem abgebildet werden.

Die Übergänge von einer Bildungsphase zur nächsten müssen besser abgestimmt werden.

Der Bildungserfolg hängt vom reibungslosen Übergang zwischen den einzelnen Bildungsstationen ab. Gelingt der Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule, von dort in die Sekundarstufe und weiter in die berufliche und akademische Ausbildung, kann Bildung nachhaltig erfolgreich sein. Damit sich dieser Erfolg einstellt, ist eine verbindliche Abstimmung über Ziele, Inhalte und Qualität jeder Bildungsphase notwendig. Die nächsthöhere Bildungsstufe muss ihre Anforderungen klar definieren, die darunter liegende Bildungsstufe ihre Lehrpläne entsprechend ausrichten.

Die Übergänge von einer Bildungsinstitution in die nächste erweisen sich nicht selten als Stolpersteine: Frühkindliches Lernen und Vorschulbildung in Familien und Kindertagesstätten führen nicht zwingend zur notwendigen Schulreife. Der Wechsel von der Grundschule auf weiterführende Schulen erfolgt oft ohne aussagekräftige Empfehlung für die weitere Schullaufbahn. Studienanfängerinnen und -anfänger wird immer häufiger mangelnde Studierfähigkeit attestiert, und viele Lehrlinge sind trotz eines Ausbildungsplatzes nicht ausreichend ausbildungsfähig. Unser Bildungssystem hat ein institutionelles Problem: Jede Bildungsphase ist für sich geregelt, aber nicht ausreichend auf die nächste abgestimmt. Die Übergänge von einer Bildungsstufe in die nächste müssen besser verzahnt werden.

Vorangehende Bildungseinrichtungen bereiten nicht durchgängig auf die Anforderungen und Erwartungen der nachfolgenden vor. Schulempfehlungen verlieren ihre Verbindlichkeit, und Schulabschlüsse sind nicht auf einem vergleichbaren Niveau.

Das Problem macht sich nicht nur im Bildungsverlauf von der Kindertagesstätte bis zum Abitur bemerkbar. Es zeigt sich auch, wenn Kinder die Schule wechseln, z. B. aufgrund eines Umzugs in ein anderes Bundesland. Auch das stellt Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern häufig vor erhebliche Anpassungsprobleme.

Zudem fehlt es Bildungszielen, die über die einzelnen Institutionen hinweg verfolgt werden, oft an Kohärenz. In der Schulbildung wird vor allem Wert auf kognitive Fähigkeiten gelegt, während soziale Kompetenzen und Werteorientierungen weniger wichtig scheinen.¹ Außerdem bleibt unklar, wann und wo welche Kompetenzen erworben werden sollen. Auch hier mangelt es an Kommunikation zwischen den jeweiligen Einrichtungen.

Reibungsverluste beim Übergang von einer Bildungsphase in die nächste schmälern den Bildungserfolg. Um dies zu ändern, müssen die Bildungsphasen besser aufeinander abgestimmt werden.

Die Expertengruppe Bildung empfiehlt:

Bildungsübergänge erleichtern: Jede Bildungsphase muss besser auf die nachfolgende abgestimmt werden. Die nächsthöhere Bildungsstufe muss ihre Anforderungen klar definieren, die darunter liegende Bildungsstufe ihre Lehrpläne entsprechend ausrichten. Abschlussprüfungen sollten einen bundesweit vergleichbaren, für den nächsten Bildungsschritt erforderlichen Wissensstand und entsprechende Kompetenzen abfragen. Es genügt nicht, einen bundeseinheitlichen Aufgabenpool bereitzustellen, aus dem die Länder sich bedienen oder auch nicht. Es muss darauf hingearbeitet werden, dass die Erwartungshorizonte und Beurteilungskriterien bundesweit auf hohem Niveau vereinheitlicht werden.

Bildungseinrichtungen besser vernetzen: Oftmals mangelt es an Wissen des pädagogischen Personals über die weiterführenden Schulen und Lehreinrichtungen. Ihnen müssen die Erwartungen und Konzepte der nachfolgenden Bildungsstufe vermittelt werden. Dazu ist eine Zusammenarbeit der Lehrkräfte über institutionelle Grenzen hinweg hilfreich: durch regelmäßige gemeinsame Konferenzen und fest institutionalisierte Netzwerke von Erziehungs-, Lehr- und Leitungspersonal. Die einrichtungsübergreifende Kooperation muss Standard werden.

Lernfortschritte verbindlich dokumentieren: Stärken und Schwächen von Lernenden müssen so dokumentiert werden, dass sie Lehrpersonen und Eltern helfen, den Lernstand, die Entwicklung und Fähigkeiten eines Kindes richtig einzuschätzen: Mit einem Gutachten aus der Kindertagesstätte können Kinder im Übergang zur Grundschule besser gefördert werden.

Gleiches gilt für die Empfehlung der Grundschule für die weiterführende Schule. Die Eignung der Kinder für die angestrebte weiterführende Schule muss dokumentiert werden; dabei ist Datenschutz zu gewährleisten. Auch hier bedarf es verbindlicher Vorgaben der Kultusministerkonferenz (KMK).

Verpflichtende Beratung: Schülerinnen und Schüler der vorletzten und letzten Grundschulklasse und ihre Eltern müssen über die Voraussetzungen für die weiterführende Schule beraten werden. Dazu sind verpflichtende Gespräche notwendig. Durch umfassende Berufsorientierung und Betriebspraktika sollten Schülerinnen und Schüler aller Schulformen ab Klasse 8 die verschiedenen Bildungs-, Ausbildungs- und Berufswege kennenlernen. Schulen sollten hier eng mit Fachleuten der Bundesagentur für Arbeit, der Betriebe in ihrem Umfeld, der Kammern und Verbände und der Hochschulen kooperieren, die über Chancen und Perspektiven der verschiedenen Bildungswege aus der Praxis informieren, und bestehende Schule-Wirtschaft-Netzwerke nutzen. Potenzialanalysen sollen bei der Entscheidung über die weitere Bildungslaufbahn helfen. Die Länder sollten die Empfehlungen der KMK zur Beruflichen Orientierung an Schulen von 2017² konsequent umsetzen und dabei gute Praxisbeispiele aus anderen Ländern berücksichtigen und nutzen.

Bildungsgerechtigkeit bedeutet, individuelle Potenziale zu aktivieren.

Unser Bildungssystem ist dann gerecht, wenn es jedem Kind bestmögliche Entwicklungschancen bietet. Besonders begabte Kinder verdienen ebenso eine Förderung wie Kinder, denen das Lernen schwerfällt. Wachsen Kinder unter ungünstigen Bedingungen auf, die die Eltern nicht aus eigener Kraft kompensieren können, muss der Staat dafür sorgen, dass Entwicklungen und Talente der Kinder und Jugendlichen gefördert werden. Um allen Kindern gerecht zu werden, muss unser Bildungssystem differenzierte Bildungswege anbieten, die untereinander durchlässig und anschlussfähig sind. Es ist gut, dass Kindertagesstätten, Schulen und Lehrinrichtungen verschiedene Profile haben, unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte setzen und in unterschiedlicher Trägerschaft sind.

Bildung dient der Befähigung und Entwicklung der individuellen Persönlichkeit. Dementsprechend muss auch die Frage nach Bildungsgerechtigkeit auf den einzelnen Menschen bezogen werden.

Der Start ins Bildungsleben prägt die Lernbiografie eines Menschen. Darum ist es wichtig, möglichst allen Kindern frühzeitig gute Bildung zu ermöglichen. Jedes Kind soll seine eigenen Potenziale entfalten können, entsprechend seiner Begabungen und Bedürfnisse. Ziel ist es, allen Menschen zu einem möglichst hohen Niveau an Bildung zu verhelfen, damit sie Verantwortung für sich und andere übernehmen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Ungerecht ist ein Bildungssystem, wenn Kinder aufgrund sozialer Umstände mit vergleichbar guten Leistungen weniger weit kommen oder wenn Potenziale von Kindern unentdeckt und unterentwickelt bleiben. Ein Bildungssystem wird als gerecht empfunden, wenn der Bildungserfolg wesentlich von der eigenen Leistung³ und nicht vom sozioökonomischen und soziokulturellen Hintergrund der Elternhäuser bestimmt wird.

Deswegen muss Deutschland seine – in den letzten Jahren zunehmend erfolgreichen⁴ – Bemühungen um ein gerechteres Bildungssystem konsequent weiterverfolgen.⁵

Es ist nicht realistisch, unterschiedliche familiäre Ausgangsbedingungen durch staatliche Maßnahmen vollständig auszugleichen. Es ist gut, dass Eltern ihre Kinder unterstützen. Eltern haben nicht nur das Recht, sondern nach dem Grundgesetz auch die Pflicht, gute Bedingungen für ihre Kinder zu schaffen. Dort aber, wo sie ihren Kindern nicht ausreichend beistehen und ihre Entwicklung nicht fördern können, etwa weil sie selbst schwierige Bildungsverläufe haben, entsteht Handlungsbedarf. Ziel und Anspruch muss es sein, jedem Kind ein Mindestmaß an Bildung zu vermitteln, das nicht unterschritten, aber immer überschritten werden darf. In Einzelfällen benötigen Eltern und Familien besondere staatliche bzw. institutionelle Unterstützung, damit ihre Kinder diese Standards erreichen. Prinzipiell müssen die Bildungseinrichtungen Kooperationserwartungen an Eltern deutlich machen und durchsetzen.

10 Thesen für eine bessere Bildungspolitik

Es muss also eine Grenze nach unten gezogen werden, die es zu sichern gilt, und gleichzeitig Durchlässigkeit nach oben gewährleistet werden. Formal gleiche Bildung bei allen herstellen zu wollen, ist nicht nur eine Illusion, sondern für eine Gesellschaft, die von unterschiedlichen Talenten und Kompetenzen lebt, auch dysfunktional. In der Bildung existiert, wie in vielen anderen Lebensbereichen, eine große Bandbreite im Hinblick auf Voraussetzungen und Ziele. Nicht die Vielfalt der Schulbildung muss beseitigt werden, sondern Benachteiligungen für Lernende. Dazu brauchen wir eine an den individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten orientierte Bildung, die Leistungsschwache ebenso wie Leistungsstarke fördert.

Menschen mit Migrationshintergrund sind von Bildungsbenachteiligungen potenziell stärker betroffen. Wenn sie nicht im deutschen Bildungssystem sozialisiert wurden, fällt der Zugang zu Bildungsangeboten im Durchschnitt schwerer, und die Kinder erbringen bei gleichen Potenzialen geringere Leistungen.⁶ Insbesondere für neu zugewanderte Kinder sind intensivere Bemühungen um einen gelingenden Bildungs-

einstieg und potenzialgerechte Bildungsverläufe notwendig, auch unter Einbindung der Eltern.⁷

Inklusion bedarf einer differenzierten Herangehensweise und setzt zusätzliche materielle und personelle Ressourcen voraus.⁸ Für viele ist eine inklusive Bildung von Vorteil, für andere jedoch – abhängig von individuellen Bedingungen – können Förderschulen besser geeignet sein. Sie gewähren einen geschützten Raum. Eltern von Kindern mit besonderem Förderbedarf sollten die Freiheit haben, zwischen inklusiver Bildung und Bildung in besonderen Fördereinrichtungen zu wählen.⁹

Bildungsgerechtigkeit erfordert Bildungsqualität. Dafür wird neben dem quantitativen vor allem der qualitative Ausbau von Bildungseinrichtungen, z. B. von Kindertagesstätten, benötigt. Um Geringverdiener weniger zu belasten, müssen Bildungsbeiträge sozial gestaffelt werden. Bei allen Debatten über private Bildungsfinanzierung muss stets darauf geachtet werden, dass Gebühren nicht zur Hemmschwelle werden. Entscheidend für den Bildungserfolg ist aber die Qualität der (Aus-)Bildung.

Die Expertengruppe Bildung empfiehlt:

Familien unterstützen: Eltern und Familien gilt es in ihrer Bildungs- und Erziehungskompetenz zu stärken. Dafür benötigen sie Beratungsmöglichkeiten. In Kindertagesstätten und Schulen sowie Familienbildungsstätten und Familienzentren finden Eltern wichtige Ansprechpartnerinnen und -partner. Können Eltern ihren Erziehungs- und Bildungsaufgaben nicht ausreichend nachkommen, so dass das Wohl des Kindes und seine Entwicklungschancen auf dem Spiel stehen, muss die Bildungseinrichtung unterstützend in die Pflicht eintreten.

Proaktive Maßnahmen ergreifen: Die Bildungseinrichtung muss mögliche Benachteiligungen von Kindern und Jugendlichen frühzeitig erkennen und Hilfe anbieten, bevor Nachteile entstanden sind. Ziel ist es, Rahmenbedingungen sicherzustellen, die die Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen fördern und ihre Urteilsfähigkeit stärken (Empowerment).

Qualität in der Elementarstufe sichern: Frühkindliche Bildung unterstützt die Entwicklung der sozialen und intellektuellen Kompetenz. Besonders Kinder aus sozial benachteiligten Familien profitieren von frühkindlichen Förderangeboten. Der flächendeckende quantitative und qualitative Ausbau der Angebote in der Elementarstufe muss in Verantwortung der Länder fortgesetzt werden. Verbindliche Tests müssen die Kenntnisse und Fähigkeiten der Kinder dokumentieren. Besteht das Risiko, dass die Schulreife nicht erreicht wird, sollten Kinder besonders gefördert werden.

10 Thesen für eine bessere Bildungspolitik

Deutsch verpflichtend unterrichten: Um Kinder in das Bildungssystem integrieren zu können, werden frühestmöglich verpflichtendes Deutschlernen sowie kompetente Sprachdiagnostik in Kindertagesstätten und Kindergärten benötigt. Sprachdefizite müssen frühzeitig erkannt und adressiert werden.¹⁰

Grundlagen legen: In der Grundschule müssen das Interesse am Lernen geweckt und die kognitiven und sozialen Grundlagen von Schülerinnen und Schülern als Voraussetzung für die weitere Lernentwicklung gelegt werden. In dieser Phase gilt es, die Grundkompetenzen zu erwerben und zu sichern. Dazu zählen nicht nur Lesen, Schreiben und Rechnen, sondern auch Werte wie Leistungsbereitschaft und Respekt im Umgang mit anderen.

Ganztagsbetreuung qualitativ ausbauen: Ganztagschulen bedürfen qualitätssichernder Maßnahmen.¹¹ Diese müssen in Kooperation mit anderen Einrichtungen der Kommunen umgesetzt werden. Von einer qualitativ hochwertigen Ganztagsbetreuung in Horten und Schulen profitieren viele Kinder. In der Ganztagsbetreuung sollten Mentoring-Systeme ausgebaut werden, um besser auf individuelle Situationen der Schülerinnen und Schüler eingehen zu können. Zugleich ist es wichtig, Kindern und Jugendlichen individuelle Freiräume zu sichern, Zeiten, die nicht verplant, sondern der individuellen Gestaltung überlassen sind. Die Teilnahme an Nachmittagsbetreuung und der Besuch von Ganztagschulen sollten daher freiwillig sein, zugleich aber allen offenstehen.

Inklusion verbessern, Förderschulen erhalten: Förderschulen müssen als Angebot erhalten bleiben. Inklusive Schulen benötigen qualifiziertes Lehr- und Erziehungspersonal und mehr Geld, damit sie ihren Aufgaben nachkommen können. Die Entscheidung, ob ein Kind in eine inklusive Schule oder in eine Förderschule gehen soll, muss sich am Kindeswohl orientieren. Die Bedürfnisse aller Lernenden müssen berücksichtigt werden.¹² Schulen müssen darin unterstützt werden, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die Lernbereitschaft muss gefördert und das Leistungsniveau verbessert werden.

Lernbereitschaft und Leistungswille sind von zentraler Bedeutung. Um eine hohe Bildungsqualität zu gewährleisten, müssen Mindeststandards in allen Bildungseinrichtungen gelten. Kinder und Jugendliche sollten entsprechend ihren individuellen Leistungsmöglichkeiten, ihren Begabungen und Neigungen gefördert werden. Alle Begabungsprofile sind grundsätzlich gleich viel wert.

Wie gut ein Bildungssystem funktioniert, lässt sich an der Leistung der Lernenden, ihren Kenntnissen, Fertigkeiten und sozialen Kompetenzen ablesen. Zu guter Bildung gehört die Vermittlung grundlegender Fähigkeiten, aber auch die Förderung besonderer Talente.

Gute Bildung lässt sich nicht nur an kognitiven Fähigkeiten messen. Zu guter Bildung gehören auch soziale und emotionale Kompetenzen und die Vermittlung entsprechender Wertvorstellungen. Sie führt im Idealfall zu gebildeten Menschen mit Reflexionsvermögen und Urteilskraft.

Es gilt, Lehrpläne kritisch zu überarbeiten. Statt Schülerinnen und Schüler mit Lernstoff zu überfrachten, sind zeitgemäße Inhalte notwendig. Wir befürworten eine gesellschaftliche und wissenschaftliche Debatte über gemeinsame Bildungsinhalte.

Die KMK hat länderübergreifend in ausgewählten Fächern Standards für den Grundschulabschluss, den Hauptschulabschluss, die mittlere Reife und für das Abitur festgelegt.¹³ Aufgabe der KMK und des Instituts

für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) ist es, diese Standards zu überprüfen und zu aktualisieren. Aufgabe der Länder ist es, sie verpflichtend und bundesweit vergleichbar umzusetzen. Dies schließt eine in den Ländern, aber auch bundesweit, vergleichbare Notengebung ein. Sie sollte den tatsächlichen Leistungsstand der Lernenden widerspiegeln.¹⁴

Leistungsvergleiche wie PISA, IQB-Bildungstrends und VERA bieten empirische Grundlagen, um Stärken und Schwächen der länderspezifischen Bildungssysteme zu erkennen. Sie können genutzt werden, um Fehlentwicklungen zu identifizieren und zu korrigieren. Solche Leistungsvergleiche sollten in allen Bundesländern verpflichtend sein, veröffentlicht werden und zu Konsequenzen in der bildungspolitischen Steuerung wie in der pädagogischen Arbeit der Schulen führen.

Unternehmen und Hochschulen beklagen die fehlende Ausbildungs- und Studierfähigkeit junger Menschen.¹⁵ Schlüsselkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen sind bei fast jedem fünften Jugendlichen nur unzureichend ausgebildet. Auch in anderen

10 Thesen für eine bessere Bildungspolitik

Fächern, wie Politik oder Geschichte, gibt es erhebliche Wissenslücken.¹⁶

Defizite in der Bildung kann sich Deutschland als Hochtechnologie- und Hochlohnland aber nicht leisten.¹⁷ Unsere Bildung muss international konkurrenzfähig sein.¹⁸

Die Expertengruppe Bildung empfiehlt:

Allgemeinbildung aufwerten: Wir setzen uns für eine breite Allgemeinbildung ein, die Grundkenntnisse in allen Fachgebieten umfasst. Sie ist Voraussetzung für Orientierungs- und Urteilsfähigkeit. Bereits in der Grundschule muss das Fundament gelegt werden.¹⁹

Bildungsinhalte schärfen: Die schulischen Lehrpläne müssen regelmäßig überprüft und aktualisiert werden. Grundlagen sollten mit normativen Mindeststandards bundesweit einheitlich vermittelt werden.²⁰ Eine gesellschaftliche und wissenschaftliche Debatte über Bildungsinhalte, über die alle gleichermaßen verfügen müssen, ist dringend notwendig. Kernkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen müssen im Mittelpunkt stehen.

Ganztagsbetreuung verbessern: Ab 2025 soll es einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern geben. Dieser Anspruch allein reicht nicht aus. Die Qualität der Betreuung muss oberste Priorität haben, egal, ob sie in Schulen, Horten oder Kindertagesstätten stattfindet. Bildung muss ihrem hohen Anspruch, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu fördern, auch in der Realität gerecht werden. Die Länder stehen in der Verantwortung, die noch bestehenden inhaltlichen und organisatorischen Probleme der Ganztagsbetreuung gemeinsam mit den zuständigen Kommunen zu lösen.

Leistungsorientierung stärken: Die Leistungsorientierung von Schulen muss gestärkt werden. Dafür brauchen wir ein Monitoring mit regelmäßigen Leistungsvergleichen zwischen den Bundesländern, deren Ergebnisse veröffentlicht werden. Schulen, die schlecht abschneiden,

10 Thesen für eine bessere Bildungspolitik

benötigen Unterstützung. Darüber hinaus muss der Blick noch stärker nach außen gerichtet werden. Internationale Bildungsvergleiche sollten kritisch interpretiert und genutzt werden, um Stärken und Schwächen zu identifizieren und unser Bildungssystem zu verbessern.²¹ Die Länder und die KMK sind hier in der Pflicht.

Leistung anerkennen: Hohe Leistungserwartungen sind eine wichtige Voraussetzung, um Schülerinnen und Schüler auf die späteren Erfordernisse im Berufsleben, aber auch in vielen anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen, vorzubereiten. Lernschwache brauchen Unterstützung. Leistungswille muss positiv wahrgenommen werden. Eine Kultur der Anerkennung fördert den Lernerfolg.

Aussagekräftig benoten: Die Anerkennung schulischer Leistung muss sich in der Notengebung widerspiegeln. Einer weiteren Entwertung muss entgegengewirkt werden, indem die KMK in ihren Notenverordnungen inhaltliche Kriterien für Leistungsgrenzen festlegt. Dafür müssen verbindliche Mindeststandards und fachliche Referenzrahmen gesetzt werden. Die Beurteilung von Leistungen muss sich dafür notwendigerweise an Kriterien orientieren. Abschlusszertifikate, insbesondere das Abitur als Eignungszertifikat, sowie Zertifikate, die sich auf verbindliche Referenzrahmen beziehen, müssen verlässlich Kenntnisse und Fähigkeiten dokumentieren.

Die Länder brauchen mehr Gemeinsamkeiten in der Bildung.

Gemeinsame Bildungsstandards sollten für alle Bundesländer gelten. Dazu schlagen wir einen Staatsvertrag zwischen den Bundesländern vor, der die wichtigsten Bildungsziele und Qualitätsanforderungen und deren Einhaltung anhand von verbindlichen Kriterien bundesweit vorgibt. Dies richtet den deutschen Bildungsföderalismus stärker auf Leistung und Gleichwertigkeit aus.

10 Thesen für eine bessere Bildungspolitik

In Deutschland ist Bildung Ländersache. Das gilt für den Elementarbereich, für Schulen, Berufsschulen und Hochschulen. Der Bund ist zuständig für die berufliche Bildung. Mit der Föderalismusreform von 2006 wurde diese Kompetenzverteilung bestätigt. Die Länder tragen daher den größten Teil der Bildungsausgaben (2018: 98,1 Milliarden Euro, 70,5 Prozent), gefolgt von Gemeinden und Zweckverbänden (2018: 29,9 Milliarden Euro, 21,5 Prozent). Der Bund übernimmt einen geringeren Teil (2018: 11,1 Milliarden Euro, 8 Prozent).²² Die Zunahme der Pro-Kopf-Ausgaben im Bildungsbereich lässt darauf schließen, dass sich alle politischen Akteure der Bedeutung von Bildung bewusst sind.²³

Auch wenn die Öffentlichkeit es zum Teil anders wahrnimmt, ist diese Kompetenzverteilung darauf angelegt, die Leistungsfähigkeit unseres Schulwesens zu fördern.²⁴ Bund, Länder und Kommunen sind aufgefordert, eine gemeinsame Bildungsstrategie zu erarbeiten, um Bildung zukunftsfähig zu machen. Weltweit verstärken Länder ihre bildungspolitischen Anstrengungen. Um den Anschluss nicht zu verlieren, muss auch Deutschland mehr tun. Ziel muss es sein,

Mitglied in der Spitzengruppe der Länder mit der besten Bildung weltweit zu sein.

Sehr unterschiedliche Schulstrukturen und Leistungsanforderungen zwischen Bundesländern fördern Ungleichheit und erschweren die Mobilität von Familien und Lehrkräften. Bildungsabschlüsse verschiedener Bundesländer sind nicht ausreichend vergleichbar. Wie Bildungseinrichtungen strukturell und finanziell ausgestattet werden, ist von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich. Förderprojekte, an denen der Bund beteiligt ist, werden von den Ländern nicht immer mitfinanziert – trotz gegenteiliger Absichtserklärungen. Länderübergreifende Bildungsstandards, die von der KMK vereinbart wurden, müssen umgesetzt und ihre Einhaltung regelmäßig überprüft werden.

Die Zustimmung zur föderalen Bildungspolitik schwindet in der Gesellschaft. Es ist ein föderalismuskritischer Diskurs entstanden, der eine Zentralisierung bildungspolitischer Ziele und Standards fordert. Viele glauben, dass dadurch ein höheres Bildungsniveau

erreicht und die internationale Wettbewerbsfähigkeit besser gewährleistet werden könne.

Wir unterstützen den Bildungsföderalismus. Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern ist aber nur dann sinnvoll, wenn sie den Wettbewerb um bessere Bildungswege fördert. Bildungsziele sollten bundesweit übereinstimmend definiert werden, um einen gemeinsamen Bildungsstandard zu sichern.

Die Expertengruppe Bildung empfiehlt:

Die Bildungskompetenz der Länder stärken: Die Länder sollten nicht, wie oft vorgeschlagen, mit dem Bund, sondern untereinander einen Staatsvertrag zur Bildung schließen, in dem bundesweit einheitliche Bildungsziele und Qualitätsstandards verbindlich vereinbart werden. Dies würde den Bildungsföderalismus und gleichzeitig bundesweite Gemeinsamkeiten in der Bildung stärken. Die Finanzierung muss den Aufgaben folgen.

Die Länder machen Bildung zu ihrer politisch wichtigsten Aufgabe: Die Länder müssen Bildung zum prioritären Tagesordnungspunkt machen, denn dafür besitzen sie die verfassungsrechtliche Kompetenz und Verantwortung. Wenn die Länder ihrer Bildungsverantwortung besser nachkommen, wird der Ruf nach mehr Bildungskompetenzen für den Bund verstummen. Bildung muss föderale Aufgabe bleiben.

Die Länder gestalten ihre Bildungspolitik transparenter: In einem jährlichen Monitoring unter Federführung der KMK werden die bildungspolitischen Anstrengungen der Länder und deren Ergebnisse offengelegt. Dies fördert den föderalen Wettbewerb und bietet empirisch Fakten, an denen sich die Politik orientieren kann. Finanzielle Zusagen des Bundes an die Länder sollten von den erreichten Zielen in der Bildungspolitik abhängig gemacht werden.

Richtig in Bildung investieren: Gute Bildung kostet Geld. Deutschland investiert im Vergleich zu einigen OECD-Ländern weniger in Bildung, im Vergleich zu anderen mehr.²⁵ Als „Wissensgesellschaft“ sollte Deutschland die öffentlichen Bildungsetats zielgenau anheben und dadurch Leistungsverbesserungen im Bildungssystem bedarfsgerecht unterstützen.

Nationaler Bildungsrat: Dem Nationalen Bildungsrat könnte im föderalen System die Aufgabe zukommen, wichtige Bildungsthemen zu identifizieren, sie in die Öffentlichkeit zu tragen und bundesweite bildungspolitische Debatten anzustoßen.

Bildung muss zum Leben und Arbeiten in einer digitalen Welt befähigen.

Unser Bildungssystem muss sich der Digitalisierung öffnen. Kinder und Jugendliche sollen altersgerecht und systematisch neue Technologien und Medien kennenlernen. Bildungsstätten müssen dazu über eine entsprechende Infrastruktur verfügen und inhaltliche Konzepte für die Digitalisierung in der Bildung entwickeln. Ebenso wichtig wie Fertigkeiten der Anwendung ist die Reflexion über Strukturen und Mechanismen, Chancen und Risiken einer digitalisierten Welt.

Die Digitalisierung verändert Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik. Sie wirkt sich auch auf die Bildung aus. Lehren und Lernen verändern sich, neue Inhalte entstehen.²⁶ Der Kerngedanke, dass Bildung zur Urteilsfähigkeit beiträgt, bleibt jedoch unverändert.

Eine digitale Grundbildung ist notwendig. Dazu gehören der sichere Umgang mit digitalen Technologien und Medien sowie die Fähigkeit, sich in der digitalisierten Welt zurechtzufinden. Digitale Medien sollen einen Beitrag zu Autonomie und Freiheit des Menschen leisten und diese nicht beschränken oder einengen.²⁷ Prioritär ist daher eine Reflexion über die Chancen und Risiken des digitalen Wandels: Eine wichtige Aufgabe von Bildung ist es, zum Verständnis der digitalisierten Welt, ihrer Strukturen und ihrer Funktionalität beizutragen. So wird es möglich, die Digitalisierung zu gestalten und ihre Chancen zu nutzen.

Digitale Medien haben sich in vielen Lebensbereichen durchgesetzt. Sie ergänzen klassische Medien oder lösen sie ab. Neue Medien erfordern eine neue Medien-nutzungskompetenz, die vermittelt werden muss. Men-

schen brauchen Orientierung, um vor Manipulation und Missbrauch im Netz geschützt zu sein. Schon in der Schule müssen Kinder und Jugendliche lernen, digitale Medien sinnvoll und reflektiert zu nutzen.

Mit der Digitalisierung entstehen neue Kulturtechniken wie die sichere Beherrschung eines Textverarbeitungsprogramms, die durchdachte Organisation und Speicherung von Daten oder die Sicherung persönlicher Informationen. Angesichts dieser neuen „digitalen“ Kulturtechniken dürfen die „analoge“ aber nicht vernachlässigt werden.

Aufgabe der Schulen ist es, Kindern und Jugendlichen den konstruktiven Gebrauch digitaler Medien zu vermitteln. Wie in den klassischen Schulfächern empfiehlt es sich, dass Kinder mithilfe altersgerecht abgestufter Konzepte schrittweise medienmündig werden.

Digitalisierung kann das Lernen vereinfachen und interessanter machen. In der beruflichen Bildung werden komplizierte Anwendungen durch den Einsatz Virtueller Realität anschaulicher. Bei Studierenden sor-

10 Thesen für eine bessere Bildungspolitik

gen u. a. Massive Open Online Courses (MOOCs) für einen erweiterten Bildungshorizont. Digitale Medien ermöglichen orts- und zeitunabhängiges, individuelles und selbstgesteuertes Lernen. An Schulen und Hochschulen scheint ihr Einsatz dann besonders erfolgversprechend, wenn digitale Medien als ergänzende Mittel verstanden werden und nicht als Ersatz für den direkten Austausch zwischen Lehrenden und Lernenden und für zwischenmenschliche Beziehungen, die für den Unterricht von entscheidender Bedeutung sind.

Digitale Technologien können Lehrerinnen und Lehrer darin unterstützen, Lernprozesse zielgenau zu gestalten, indem etwa das Lerntempo an persönliche Bedürfnisse angepasst wird und der Lernstand sowie eventueller Nachholbedarf präzise erfasst werden.

Alle Schülerinnen und Schüler sollten Grundstrukturen und die Arbeitsweise einer Programmiersprache kennenlernen. Dabei geht es nicht nur um die Beherrschung einer Technik, sondern um das Grundverständnis, was Digitalisierung bedeutet und wie sie unsere Welt verändert. Auch hier steht der Gedanke im Mittelpunkt, die Urteilskraft zu stärken.

Die Vermittlung digitaler Inhalte und Kompetenzen ist eine schulische Querschnittsaufgabe. Sie muss in alle Fächer integriert werden. Informatik als eigenes Fach ist geeignet, um vertiefenden Lerninteressen nachzukommen. Dafür fehlt es derzeit jedoch an technischer Infrastruktur, an zeitgemäßen Lehrplänen und an Personal. Weder im Studium noch im Referendariat werden künftige Lehrkräfte ausreichend in Medienkompetenz geschult. Es mangelt außerdem an systematischen Fortbildungen für Lehrkräfte in Medienkompetenz. Diese Defizite müssen beseitigt werden.

Die Expertengruppe Bildung empfiehlt:

Schulen brauchen neue Lehrpläne: Digitale Bildung erfordert neue Konzepte und Lehrpläne, die regelmäßig überprüft werden müssen. Digitale Medien sind kein Selbstzweck, sondern müssen dort eingesetzt werden, wo sie didaktisch sinnvoll sind. Schulen können hier mittlerweile auf den zahlreichen Erfahrungen von Leuchtturmschulen aufbauen. Schulen, die noch am Anfang der Entwicklung stehen, sollten von der zuständigen Schulaufsicht Expertinnen und Experten zur Seite gestellt werden, die beraten und helfen, verbindliche Vorgaben nachhaltig umzusetzen.

Unser Bildungssystem braucht ein „Gesamtkonzept Medienbildung“: Kinder und Jugendliche müssen altersgerecht und systematisch an die Nutzung neuer Medien herangeführt werden. Wir brauchen ein „Gesamtkonzept Medienbildung“, das Schulen, Eltern und außerschulische Akteure fachlich und pädagogisch einbezieht. In der Grundschule sollten Kinder digitale Medien in ausgewählten Unterrichtssituationen nutzen. Medienkunde ist ein Querschnittsthema in vielen verschiedenen Fächern. Voraussetzung ist ein Konzept, das den sinnvollen Einsatz der Geräte im Unterricht definiert.

Deutschland braucht Fachleute: Der Wirtschaftsstandort Deutschland braucht Fachkräfte, die den digitalen Wandel gestalten und vorantreiben. Neben einer digitalen Grundbildung, über die alle verfügen müssen, muss es einen Zugang zu digitalem Spezialwissen geben. Die MINT-Fächer in den Schulen müssen weiter gestärkt werden. Das Interesse an Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik sollte bei Schülerinnen und Schülern geweckt werden.

10 Thesen für eine bessere Bildungspolitik

Die digitale Infrastruktur muss ausgebaut werden: Der Digitalpakt Schule als Initiative des Bundes trägt dazu bei, dass Schulen technisch besser ausgestattet werden. Jede Schule braucht schnelles Internet, kompatible Geräte und Plattformen. Vor allem Berufsschulen sollten vorrangig digital versorgt werden, ist doch der Umgang mit digitalen Systemen heute für fast alle Berufe eine notwendige Voraussetzung. Die Wartung, Pflege und Erneuerung digitaler Technik muss durch die Schulträger langfristig gesichert werden.

Der Datenschutz von Kindern und Jugendlichen muss gewährleistet sein: Fragen des allgemeinen Datenschutzes von Kindern und Jugendlichen sollten bundesweit geregelt und nicht den lokalen Bildungsinstitutionen aufgebürdet werden.



Eine gute frühkindliche Bildung stellt Weichen für das ganze Leben.

Die ersten Lebensjahre haben erheblichen Einfluss auf die gesamte Bildungsbiografie eines Menschen. Gute Bildung von Anfang an ist unerlässlich und muss gefördert werden – in Familien und in Kindertagesstätten. Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass frühkindliche Betreuungseinrichtungen noch stärker zu Bildungseinrichtungen werden.

10 Thesen für eine bessere Bildungspolitik

Lern- und Bildungsbiografien von Kindern entscheiden sich maßgeblich in den ersten Lebensjahren.²⁸ Frühkindliche Bildung beginnt in der Familie. Hier lernen Kinder Fähigkeiten, auf denen die frühkindliche Bildung in den Kindertagesstätten aufbaut. Die Zahl der Kinder, die in eine Kindertageseinrichtung gehen, steigt seit Jahren kontinuierlich an. 93,6 Prozent aller Kinder im Alter von drei bis fünf Jahren²⁹ und rund ein Drittel aller Kinder im Alter unter drei Jahren besuchen eine Kindertageseinrichtung.³⁰ Gute Qualität der frühkindlichen Kindertageseinrichtungen wirkt sich positiv auf die kognitiv-sprachliche und sozial-emotionale Entwicklung aus.³¹ Dies gilt im Besonderen für bildungsbenachteiligte Kinder.³² Frühkindliche Bildung kann dazu beitragen, Bildungsnachteile abzubauen, Armut zu überwinden und Lebensverläufe wirtschaftlich und sozial zu stabilisieren. Kindertageseinrichtungen und Eltern sollten eng zusammenarbeiten.³³

Vielfältigere Familienstrukturen, sich ausdifferenzierende Lebensmodelle und wachsende kulturelle Heterogenität der Gesellschaft fordern Kindertagesstätten und Kindertagespflege heraus: Sie müssen

Kindern mit unterschiedlichen Lebensbedingungen gerecht werden. Die Qualitätsanforderungen an frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung werden damit anspruchsvoller. Zur qualitativen kommt die quantitative Herausforderung in der frühkindlichen Bildung – ausgelöst durch die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für ein- und zweijährige Kinder.

Trotz des massiven Ausbaus der letzten Jahre übersteigt die Nachfrage das Angebot. Um dieser für viele Eltern ungünstigen Situation abzuhelfen, mangelt es an Personal. Laut nationalem Bildungsbericht könnten bis 2025 mehr als 300.000 Fachkräfte fehlen.³⁴ Darüber hinaus bestehen in der frühkindlichen Bildung deutschlandweit erhebliche Qualitätsunterschiede.

Betrieben werden die Kindertageseinrichtungen von Trägern der freien Jugendhilfe (Kirchengemeinden, Wohlfahrtsverbände, Vereine, Elterninitiativen) und der öffentlichen Jugendhilfe (Städte, Gemeinden und Kreise) sowie als betriebliche Einrichtungen von Unternehmen und gewerblichen Trägern. Das sorgt für

eine vielfältige Kita-Landschaft in Deutschland, die wir erhalten wollen. Ihr mangelt es aber an bundesweit einheitlichen Standards und gemeinsamen Bildungskonzepten. Der Wohnort hat einen maßgeblichen Einfluss auf die frühen Bildungschancen von Kindern außerhalb von Familien. So sind z. B. in einigen ostdeutschen Ländern Erzieherinnen und Erzieher zum Teil für doppelt so viele Kinder zuständig wie in einigen westdeutschen Ländern.³⁵

Die Expertengruppe Bildung empfiehlt:

Familien als Bildungsorte wertschätzen, ermutigen und unterstützen: Familien brauchen ein soziales Umfeld und ein gesellschaftlich-politisches Klima, in dem sie sich entfalten und ihre Aufgaben erfüllen können, ein Klima des Respekts für alle, die Kinder großziehen, sowie die Akzeptanz verschiedener Familienmodelle. Familienunterstützende Netzwerke für Beratung und Hilfe in den Bereichen Erziehung, Fürsorge und Bildung, einschließlich aufsuchender Elternarbeit, z. B. durch Familienhebammen, sollten systematisch und niedrigschwellig ausgebaut werden. Auch Familienzentren, angedockt z. B. an Kindertageseinrichtungen, halten solche Angebote bereit; sie sollten deutschlandweit ausgebaut werden.

Vereinbarkeit sicherstellen und mit Qualität verbinden: Das Angebot an frühkindlicher Bildung muss weiter ausgebaut werden, um dem Rechtsanspruch zu genügen. Es sollte mit einheitlichen Qualitätsstandards und Bildungsplänen für die frühkindliche Bildung in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege verbunden werden, die für alle Träger gelten, gesichert und weiterentwickelt werden müssen.³⁶

Betreuungsschlüssel verbessern: Eine gute Fachkraft-Kind-Relation ist eine zentrale Bedingung für gute frühkindliche Bildung. Wichtigstes Ziel bleibt ein verbesserter Personalschlüssel: 1:3 für Kinder von 0 bis 24 Monate; 1:3 bis 1:5 für Kinder bis 36 Monate; 1:5 bis 1:8 für Kinder bis 60 Monate. Hier brauchen wir länderübergreifende einheitliche Qualitätsstandards.

Fachkräfte gewinnen und qualifizieren: Der Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers muss attraktiver werden, um dem bestehenden Mangel entgegenzuwirken.³⁷ Die Leitungen von Kindertageseinrichtungen müssen weiter professionalisiert und das Fachpersonal den Anforderungen entsprechend besser ausgebildet werden.³⁸ Weiterbildungsmöglichkeiten, auch akademische, sollten ausgebaut werden.

Sprachkompetenz fördern: Sprachkompetenz hat einen besonderen Stellenwert für das Lernen im weiteren Lebensverlauf. Deshalb sollten einheitliche Sprachstandtests durchgeführt und gezielte Sprachförderangebote für Kinder ausgebaut werden.

Schulfähigkeit garantieren: Um einen guten Übergang von Kindertagesstätten zu Grundschulen zu unterstützen, sind Maßnahmen erforderlich, die die Schulreife gezielt fördern. In verbindlichen Tests sollte die Schulfähigkeit von Kindern geprüft werden. Je nach Ergebnis müssen verpflichtende Fördermaßnahmen folgen. In Kooperation mit den Eltern muss der Staat für die Schulfähigkeit der Kinder Sorge tragen.

Integration voranbringen: Kindertageseinrichtungen sind wichtige Erfahrungsorte unserer Gesellschaft. Die Vielfalt der Muttersprachen und Kulturen wird durch die Kinder schon früh als selbstverständlich erlebt. Diese Situation sollte systematisch genutzt werden, um Kinder mit Zuwanderungsgeschichte zu integrieren und ihnen den Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen.

Schulen müssen motivierende Bildungsorte sein.

Schülerinnen und Schüler brauchen ein motivierendes Lernumfeld. Engagierte und fähige Lehrkräfte, die den Lernenden als orientierendes Gegenüber begegnen, sind entscheidend für den Schulerfolg. Ein „Masterplan Lehrerbildung“ soll helfen, die Lehrerausbildung zu verbessern. Um aus Schulen attraktive Bildungsorte zu machen, brauchen sie ausreichendes und für die heutigen Anforderungen qualifiziertes Personal. Zu den nötigen Qualifikationen gehört auch das Koordinieren von Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, die die Lehrerschaft in ihrer Arbeit unterstützen und entlasten. Für einen motivierenden Bildungsort kommt es auch auf den Zustand der Schulgebäude an.

Lehrerinnen und Lehrer haben den größten Einfluss auf die Leistungen von Schülerinnen und Schülern. Sie steuern den Lernprozess, sie sind wichtige Bezugspersonen und geben Orientierung. Sie tragen wesentlich zum Bildungserfolg ihrer Schülerinnen und Schüler bei. Damit das gelingt, brauchen wir fachlich, pädagogisch und didaktisch kompetente Lehrpersonen, die sich untereinander austauschen. Klassengröße, Unterrichtsform (Frontalunterricht oder Gruppenarbeit) oder die Verwendung digitaler Medien haben deutlich geringere Einflüsse auf den Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern.³⁹

Eines der größten Probleme im deutschen Schulsystem ist derzeit der Mangel an Lehrkräften. Die Bundesländer haben zu lange versäumt, den Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern mit Hilfe von realistischen Schülerzahlprognosen verlässlich zu ermitteln und die Lehramtsstudienplätze dem Bedarf anzupassen. Die Lücke wird nicht zuletzt mit Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern geschlossen. Dies ist eine Möglichkeit, um akuten Unterrichtsausfall zu verhindern, aber es werden weitere Qualifizierungsmaßnahmen für den

nachhaltigen und gelingenden Quereinstieg ebenso wie der Ausbau von Studienplatzkapazitäten an den Hochschulen benötigt.

Die wachsende Heterogenität der Schülerschaft stellt Schulen und ihre Lehrkräfte vor die Herausforderung, immer unterschiedlicheren Lernbedürfnissen gerecht zu werden. Erforderlich sind ein differenziertes, durchlässiges und flexibles Schulsystem sowie verschiedene Bildungswege, um Kindern mit ihren unterschiedlichen Begabungen, Interessen und Entwicklungspotenzialen gerecht zu werden.

Schülerinnen, Schülern und Eltern muss verdeutlicht werden, dass gute Bildung nicht ohne eigene Anstrengung erreicht wird. Daher muss Leistung angemessen bewertet werden. Gute Noten sollten allein aufgrund guter Leistungen vergeben werden. Das ist gerecht und verhindert, dass das Notenniveau weiter erodiert. Gleichzeitig sollten Lernschwache in der Schule Hilfe finden. Beide Aspekte – Leistungsanforderungen und Hilfsangebote – gehören zusammen und machen eine gute Schule aus.

10 Thesen für eine bessere Bildungspolitik

Schule muss sich weiter entwickeln. Sie benötigt dafür verlässliche Rahmenbedingungen. Die Politik ist gefordert, die Vorgaben für Schulen stabil zu halten, statt sie zum permanenten bildungspolitischen Experimentierfeld zu machen.

Lernen in der Schule benötigt einen entsprechenden äußeren Rahmen, der eine positive Lernatmosphäre schafft. Verwahrloste Schulen vermitteln Kindern das Gegenteil. Gebäude und Ausstattung von Schulen sind sichtbare Zeichen für Schülerinnen und Schüler, wie es um Schule und Bildung bestellt ist. Das hat Signalwirkung für die Lernbereitschaft. In vielen Regionen in Deutschland wurde dem baulichen Zustand von Schulen in den vergangenen Jahren zu wenig Priorität beigemessen.

Die Expertengruppe Bildung empfiehlt:

Masterplan Lehrerbildung: Deutschland benötigt einen „Masterplan Lehrerbildung“, der auf eine möglichst hohe Qualität in der Lehrerausbildung zielt. Universitäre Zentren der Lehrerausbildung, die fachlich, pädagogisch und didaktisch an schulischen Bedürfnissen orientierte Studienpläne anbieten, sollen besonders gefördert werden.⁴⁰ Diese Einrichtungen müssen regelmäßig evaluiert werden, um inhaltliche Fortschritte und das Lehrangebot zu kontrollieren. Die Standards für die Lehrerausbildung müssen bundesweit umgesetzt werden. Hochschulen und Schulen sowie die Studienseminare sollten gemeinsame Vereinbarungen treffen, damit alle Phasen der Lehrerbildung besser aufeinander abgestimmt werden. Lehramtsstudierende sollten frühzeitig Erfahrungen an Schulen sammeln.

Lehrpersonen brauchen Zeit für Weiterbildung und Austausch: Auch Lehrerinnen und Lehrer haben das Recht und die Pflicht, sich weiterzubilden. Sie benötigen passende Angebote. PISA-Sieger Singapur macht es vor: hochwertige Weiterbildungskonzepte und hundert Weiterbildungsstunden pro Jahr für alle Lehrkräfte.⁴¹ Darüber hinaus ist es wichtig, dass Lehrpersonen sich mit ihren Kolleginnen und Kollegen über den Lernfortschritt ihrer Klassen austauschen und sich gegenseitig unterstützen.

Es fehlt Lehrpersonal: Vielen Schulen fehlt es an Personal. Deutschland braucht mehr Lehrerinnen und Lehrer. Die Lehrkräftebedarfsplanung der Länder hat ihr Ziel verfehlt. Künftig muss der Bedarf sorgfältiger kalkuliert werden, so dass genügend Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung stehen. Es muss außerdem gelingen, fachlich sehr gute und motivierte junge Menschen für den Beruf der Lehrerin bzw. des Lehrers zu gewinnen.

10 Thesen für eine bessere Bildungspolitik

Schulleitungen professionalisieren: Im Hinblick auf die große Bedeutung schulischer Bildung einerseits und die zu bewältigende Aufgabenfülle andererseits benötigen Schulen ein professionelles Management, das Fachwissen und Personalkompetenz umfasst. Angehende Schulleiterinnen und Schulleiter müssen ausreichend vorbereitet werden. Ihr Engagement für kontinuierliche Verbesserungen muss gewürdigt und angemessen finanziell honoriert werden.

Brennpunktschulen unterstützen: In vielen Ballungszentren sind Schulen damit konfrontiert, große Gruppen sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler zu unterrichten. Solche „Brennpunktschulen“ brauchen Unterstützung von Ländern und Kommunen. Ziel muss es sein, soziale Benachteiligungen durch eine bessere Bildung auszugleichen. Gemischte Teams aus Erzieherinnen und Erziehern, Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie Psychologinnen und Psychologen können Lehrerinnen und Lehrer bei ihrer Arbeit unterstützen. Stellenzuweisungen an Schulen auch nach sozialen und integrationsrelevanten Kriterien sind ratsam. Zulagen in Brennpunkteinrichtungen können dabei helfen, gute Lehrkräfte für Schulen mit besonderen Anforderungen zu gewinnen.⁴² Personal- und Mittelzuweisungen sollten an einen Schulsozialindex gekoppelt sein.

Schulen sanieren: Schulgebäude und Einrichtungen haben Einfluss auf das Lernverhalten. Schulträger müssen mehr in Schulgebäude investieren, damit sie zu attraktiven Lernorten werden, in denen Schülerinnen und Schüler gern arbeiten. Dabei geht es um mehr als nur die Sanierung maroder Toiletten. Ziel ist ein inspirierendes und motivierendes Lernumfeld.

Die berufliche Ausbildung muss attraktiver werden.

Deutschland wird für seine duale Berufsausbildung weltweit geschätzt. Sie trägt maßgeblich zur Qualität der Facharbeit bei. Das duale Ausbildungssystem muss weiter modernisiert werden, um die Breite der Bildungsmöglichkeiten aufzuzeigen und um den neuen Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden. Die Berufsschulen müssen dafür entsprechend ausgestattet werden. Erwerbs- und Aufstiegschancen, die mit einer dualen Ausbildung verbunden sind, müssen besser kommuniziert werden, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

10 Thesen für eine bessere Bildungspolitik

Berufliche Aus- und Weiterbildung hat einen maßgeblichen Anteil an der hohen Qualität beruflicher Facharbeit und an der geringen Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland. Das ist wesentlich der Kooperation verschiedener Partner zu verdanken, die alle an einem Strang ziehen: Unternehmen, Sozialpartner, Kammerorganisationen, Bund und Länder. Ihr Zusammenspiel ist im Berufsbildungsgesetz, im Betriebsverfassungsgesetz und in den Schulgesetzen der Länder verankert. Diese Partnerschaften sorgen für einen fairen Interessenausgleich zwischen den Anforderungen der einzelnen Betriebe, den Bedarfen ganzer Branchen und den Wünschen junger Menschen.

2017 wurden bundesweit rund 1,32 Millionen Auszubildende gezählt. Etwas mehr als die Hälfte eines Altersjahrgangs absolviert eine Ausbildung in einem der rund 330 anerkannten Ausbildungsberufe. Die Betriebe investieren jährlich rund 25,6 Milliarden Euro in ihre Auszubildenden. Nach Rückgängen zwischen 2011 und 2016 ist die Zahl der neu abgeschlossenen betrieblichen Ausbildungsverträge im September 2018 zum zweiten Mal in Folge gestiegen. Bei der Bundesagentur

für Arbeit wurden mehr betriebliche Ausbildungsstellen gemeldet als im Vorjahr. Nach Rückgängen in den Vorjahren steigt die Nachfrage nach Ausbildungsstellen seit 2017 wieder an. Dies ist insbesondere auch darauf zurückzuführen, dass Bewerberinnen und Bewerber mit Fluchthintergrund zunehmend auf dem Lehrstellenmarkt ankommen. Ihre Zahl ist 2018 erneut deutlich gestiegen (2017: 26.400; 2018: 38.300).⁴³

Dennoch dürfen diese positiven Entwicklungen nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Matching von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt schwieriger wird. Nach wie vor gibt es noch zu viele junge Menschen, denen der Übergang in eine Ausbildung nicht unmittelbar gelingt. Die Kluft zwischen Angebot und Nachfrage wird größer. Gleichzeitig erreichte die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten unbesetzten Lehrstellen mit 57.700 einen neuen Höchststand (bezogen auf die Zeitreihe ab 2009).

Viele Unternehmen können ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen. Grund ist die fehlende Ausbildungsreife vieler Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Dazu

gehören neben unzureichenden Schulkenntnissen auch mangelnde Schlüsselqualifikationen wie unklare Berufsvorstellungen, geringe Teamfähigkeit oder schwach ausgeprägtes Durchhaltevermögen.

Als Herausforderung für die berufliche Bildung kristallisieren sich die veränderten Bildungspräferenzen junger Menschen, einschließlich ihres sozialen Umfeldes, hin zu Abitur und Studium heraus. Dafür gibt es Gründe: Akademikerinnen und Akademiker haben derzeit ein niedriges Risiko, arbeitslos zu werden, die Zeiten von Arbeitssuche und Arbeitslosigkeit sind kurz und die Verdienstmöglichkeiten hoch. Das trifft allerdings nicht auf alle akademischen Abschlüsse bzw. Berufe zu. Denn nicht nur Einkommen von in MINT-Fächern beruflich Qualifizierten erreichen das Niveau von Akademiker-einkommen. Auch die Einkommen von Meistern, Fachwirten und Technikern entsprechen in der Regel denen von Bachelor-Absolventen.⁴⁴ Ihre Arbeitslosenquote liegt noch unter der Quote von Akademikerinnen und Akademikern. Viele beruflich Qualifizierte, die einen Betrieb gegründet oder übernommen haben, verdienen überdurchschnittlich.

Die OECD hat in der Vergangenheit erheblichen Druck auf Deutschland ausgeübt, seine Akademisierungsrate zu erhöhen, ohne dabei die gute Qualität des deutschen Ausbildungssystems zu berücksichtigen. Die duale Ausbildung ist aber mittlerweile weltweit anerkannt und vielfach Vorbild. Das Bewusstsein, dass beide Ausbildungswege notwendig sind, um dem Fachkräftemangel zu begegnen, setzt sich mehr und mehr durch. Beide Bildungswege dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Auch hybride Varianten wie das duale Studium, das Elemente der praktischen Ausbildung in einem Betrieb mit einem Studium an einer Hochschule oder einer Berufsakademie verbindet, werden zunehmend genutzt.⁴⁵ Sie sind ein konstruktiver Ansatz für ein zukunftsorientiertes Bildungssystem. Die relativ hohe Abbruchrate bei Auszubildenden mit niedrigerer Qualifikation hat verschiedene Ursachen; eine bessere Ausbildungsqualität könnte dazu beitragen, Abbrüche zu vermeiden.⁴⁶

Die Expertengruppe Bildung empfiehlt:

Schülerinnen und Schüler beraten: Die systematische Berufsorientierung⁴⁷ ist nicht nur an allen Haupt-, Mittel- und Realschulen, sondern auch an Gymnasien, zusätzlich zur Studienorientierung, einzurichten. Dabei müssen die Empfehlungen der KMK zur Beruflichen Orientierung an Schulen eingehalten werden. An diesen Informationsprogrammen der Länder sollten neben Vertreterinnen und Vertretern von beruflichen Schulen auch Ausbilderinnen und Ausbilder, Arbeitsmarktfachleute und Vertreterinnen und Vertreter von Handwerk und Mittelstand teilnehmen.

Eltern beraten: Eltern müssen systematisch und in verpflichtenden Beratungsgesprächen über die Chancen verschiedener Bildungswege im differenzierten deutschen Bildungssystem informiert werden. In diese Informationsprogramme sollten die Schulen Fachleute aus beruflichen Schulen, örtlichen Ausbildungsunternehmen (Ausbildende, Auszubildende), Verbänden, Kammern einbeziehen.

Ausbildungsreife aller Schulabgängerinnen und Schulabgänger sicherstellen: In der Schule muss durch umfassende individuelle Förderung sichergestellt werden, dass alle Schulabgängerinnen und Schulabgänger über das erforderliche Rüstzeug für eine Ausbildung verfügen. Dazu gehören auch Sozialkompetenzen und Berufswahlreife. Es müssen verbindliche Mindeststandards für alle Fächer festgelegt werden.

Ausbildungsbetriebe und Berufsschulen modernisieren: Die Qualität der Berufsschulen und der Ausbildenden muss stärker in den bildungspolitischen Fokus rücken. Im Jahr 2025 wer-

den rund 22.000 zusätzliche Lehrkräfte für den Unterricht an beruflichen Schulen benötigt.⁴⁸ Die Bildungsinhalte müssen modernisiert und zukunftsfähig gemacht werden. Die Digitalisierung von Berufsschulen ist für die digitale Transformation der beruflichen Bildung ebenso zentral wie die Qualifizierung der Auszubildenden.⁴⁹ Die Auszubildenden, gerade in kleinen und mittelständischen Unternehmen, müssen pädagogisch noch besser geschult werden.

Auszubildende unterstützen: Auszubildende sollten Zugang zu günstigem Wohnraum und preiswerte Tickets für öffentliche Verkehrsmittel erhalten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist auch in der Ausbildungsphase zu verbessern, z. B. durch verbesserte Möglichkeiten von Teilzeitausbildung.

Gesellschaftliche Debatte führen: Das Prestige der beruflichen Ausbildung muss in der breiten Wahrnehmung noch weiter verbessert werden, indem über Karriereperspektiven, Arbeitsmarktchancen und Verdienstmöglichkeiten ausführlich und sachlich informiert wird.

Aufstiegsmöglichkeiten aufzeigen: Zusatzqualifikationen, Aufstiegsfortbildungen und duale Studiengänge ermöglichen attraktive Karrieren.⁵⁰ Die Hochwertigkeit formaler Abschlüsse in der höherqualifizierenden Berufsbildung wie Meisterin bzw. Meister, Fachwirtin bzw. Fachwirt, Fachkauffrau und -kaufmann wird schon jetzt im Europäischen (EQR) und Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) sichtbar. Sowohl die vielfältigen Aufstiegsmöglichkeiten als auch EQR und DQR müssen in der Gesellschaft noch bekannter gemacht werden. Eine engere Kooperation bei der Vergleichbarkeit europäischer Berufsabschlüsse und eine engere Zusammenarbeit sind wünschenswert.⁵¹



Die Hochschulbildung in Deutschland benötigt eine ausreichende Finanzierung und effizientere Strukturen.

An den Hochschulen studieren immer mehr Menschen. Um den Anforderungen der modernen Wissenschaft und des sich wandelnden Arbeitsmarktes gerecht zu werden, brauchen die Hochschulen eine bessere, verlässliche Finanzierung und leistungsfördernde Rahmenbedingungen.

Die Nachfrage nach einer akademischen Ausbildung hat ein historisch hohes Niveau erreicht. Derzeit gibt es fast 3 Millionen Studierende, davon sind mehr als 500.000 Studienanfängerinnen und -anfänger.⁵² In vielen Fächern entsprechen die vorhandenen Kapazitäten nicht der hohen Nachfrage.

Die Hochschulen bieten eine größere Studienvielfalt als je zuvor an: Studieninteressierte können aus rund 18.000 Bachelor- und Masterstudiengängen auswählen. Die Fülle sorgt für Wahlfreiheit, aber auch für Unübersichtlichkeit. Und die Frage nach der Qualitätssicherung all dieser Studiengänge stellt sich neu.

Der theoretischen Debatte über Sinn und Unsinn der steigenden Akademisierung steht ein realer Bedarf an Akademikerinnen und Akademikern auf dem Arbeitsmarkt gegenüber. Auch wenn das nicht für alle Fachgebiete gilt, so sind die beruflichen Perspektiven von Akademikerinnen und Akademikern in der Regel überdurchschnittlich gut. Der Anteil wissensintensiver Branchen an unserer Wirtschaft steigt – und mit ihnen auch der Bedarf an Akademikerinnen und Akademikern.

Die Finanzierung der Hochschulen ist vielfach defizitär. Es fehlt an Betriebs- und an Investitionsmitteln. Der Bund unterstützt die Länder finanziell, u. a. beim BAföG und im Rahmen des Hochschulpaktes. Die Ausgaben des Bundes für den Hochschulsektor beliefen sich 2018 auf 5,9 Milliarden Euro, die der Länder auf 25,2 Milliarden Euro.⁵³ Viele weitere Förderprogramme ergänzen das Engagement des Bundes im Hochschulbereich, die insbesondere auch der Lehre und der akademischen Ausbildung zugutekommen.

Hochschulen brauchen politische Rückendeckung für mehr Autonomie.⁵⁴ Sie ist Voraussetzung für gute Leistungen in Forschung und Lehre. Denn nur autonom agierende Hochschulen haben die nötige Flexibilität, um inhaltliche Schwerpunkte zu setzen und ihre Profile zu schärfen. Hochschulen und Länder sollten gemeinsam Ziele vereinbaren. Die Länder sollten die Rechtsaufsicht führen, die Fachaufsicht sollte jedoch bei den Hochschulleitungen liegen. Ohne die akademische Mitbestimmung unzulässig einzuschränken, muss es gelingen, die Hochschulleitungen so zu stärken, dass sie in der Lage sind, Reformen und Modernisierungs-

10 Thesen für eine bessere Bildungspolitik

schritte effizient durchzusetzen. Hochschulen brauchen Freiräume, weil sie neben vielen anderen Aufgaben auch Orte der kulturellen und gesellschaftlichen Reflexion sind.

Die Politik muss Bürokratie reduzieren und veraltete Regelungen abschaffen. Beispielsweise steht die Kapazitätsverordnung einem besseren Betreuungsverhältnis in der akademischen Ausbildung im Wege.

Die Expertengruppe Bildung empfiehlt:

Fachhochschulen ausbauen: An Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften (FH/HAW) müssen mehr Studienplätze geschaffen werden, um dem hohen Bedarf des Arbeitsmarktes zu entsprechen und eine bessere Ausdifferenzierung zwischen FHs/HAWs und Universitäten zu ermöglichen. Dazu benötigen sie eine bessere Grundfinanzierung durch die Länder mit einem verlässlichen jährlichen Mittelaufwuchs. Die zwischen Bund und Ländern beschlossenen Förderprogramme unterstützen den quantitativen und qualitativen Ausbau und sollten weitergeführt werden. Darüber hinaus müssen die Stellen für Lehrende an Hochschulen attraktiver gestaltet werden (u. a. durch die Möglichkeit, parallel in Unternehmen zu arbeiten), so dass Fachleute aus der Wirtschaft für eine Tätigkeit an FHs/HAWs gewonnen werden können.

Universitäten stärken: Auch die Universitäten benötigen eine verlässliche Grundfinanzierung durch die Länder mit jährlichen Mittelaufwüchsen. Ohne ausreichende Finanzierung bleibt „Exzellenz“ reines Wunschenken. Besonders an Universitäten müssen Forschung und Lehre als Einheit weiterbestehen und zwar auf einem internationalen Spitzenniveau. Die Zahl guter Lehrkräfte sollte durch mehr unbefristete Karrierewege im akademischen Mittelbau erhöht werden.

Studieninteressierte besser informieren: Studieninteressierte sollten bereits in der Sekundarstufe II durch Berufsberaterinnen und Berufsberater aus den Hochschulen über Voraussetzungen, Vor- und Nachteile eines Studiums an Universitäten, Fachhochschulen

10 Thesen für eine bessere Bildungspolitik

bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Dualen Hochschulen informiert werden. Die Hochschulen sollten Studierende frühzeitig über Karrierewege, auch außerhalb der akademischen Wissenschaft, beraten.

Jenseits von Anwendungsorientierung und Arbeitsmarkt: Hochschulen dienen nicht nur dazu, durch anwendungsnahe Forschung und Lehre wirtschaftlich verwertbare Innovationen zu generieren und den Bedarf des Arbeitsmarktes zu befriedigen. Als akademische Bildungsinstitutionen tragen sie wesentlich zur Kultur und zum gesellschaftlichen Diskurs bei. Werte wie Autonomie, Wissenschaftsfreiheit und Wissenschaftlichkeit in Politik und Gesellschaft müssen wieder stärker betont werden.

Lebenslanges Lernen muss selbstverständlich werden.

Damit lebenslanges Lernen gelingt, werden neue Strukturen in der Weiterbildung und qualitativ gute Bildungsangebote benötigt, die sich am Bedarf der Lernenden und der Arbeitswelt ausrichten. Darüber hinaus brauchen wir gesellschaftliche Akzeptanz, dass lebenslanges Lernen für alle selbstverständlich wird. Berufliche Neuorientierung darf nicht als Bruch empfunden und sollte im Weiterbildungssystem abgebildet werden.

10 Thesen für eine bessere Bildungspolitik

Die Auffassung, dass Bildung mit Kindertagesstätte, Schule und beruflicher bzw. akademischer Ausbildung abgeschlossen sei, ist überholt. Bildung trägt nicht nur im ersten Lebensdrittel zur Entwicklung der Persönlichkeit bei, sondern im gesamten Lebensverlauf. Sie ermöglicht es, sich in einer wandelnden Gesellschaft und Wirtschaft zurechtzufinden. Deutschland braucht daher eine neue Weiterbildungskultur.

Lebenslanges Lernen findet an unterschiedlichen Orten statt, in Betrieben, bei staatlichen oder privaten Anbietern. Die Lernsituationen sind ebenso vielfältig. Am Ende können formale Bildungsabschlüsse und Zertifikate stehen oder der Gewinn neuer Kenntnisse und Fertigkeiten, die – auch ohne Zeugnis – das Leben und Arbeiten besser meistern helfen.

In Deutschland nehmen immer mehr Erwerbstätige an Weiterbildungsmaßnahmen teil. 2014 lag die Weiterbildungsquote bei 51 Prozent⁵⁵ und hat damit das vom BMBF für 2015 gesetzte Ziel von 50 Prozent erreicht. Aber sicherlich ist dies noch ausbaufähig: Skandinavische Länder weisen eine deutlich höhere Weiter-

bildungsquote auf. Bei der Weiterbildung zeigt sich, was auch für alle Bildungsstufen davor gilt: Sie ist allzu häufig abhängig vom sozioökonomischen Status eines Menschen. Besonders Geringqualifizierte, Menschen mit Migrationshintergrund und ältere Beschäftigte bilden sich unterdurchschnittlich und zu wenig weiter.⁵⁶

Betriebliche Weiterbildung ist für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen von wachsender Bedeutung. In Zeiten des demografischen Wandels und sich schnell ändernder Arbeitsprozesse sorgt Weiterbildung dafür, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigungsfähig bleiben und Fachkräfte verfügbar sind. Deshalb investieren deutsche Unternehmen jährlich 33,5 Milliarden Euro in betriebliche Weiterbildung.⁵⁷ 85 Prozent der Unternehmen sind ausbildungsaktiv.

Berufliche Weiterbildung hat auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer große Bedeutung. Sie lernen neue Fähigkeiten für eine Arbeitswelt im technologischen Wandel.⁵⁸ Weiterbildung dient schließlich dazu, Menschen ohne Job wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren und Qualifizierungen für Menschen ohne

Berufsabschluss zu ermöglichen. Künftig wird es darauf ankommen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf neuartige Tätigkeiten und Berufe vorzubereiten.

Weiterbildung hilft nicht nur der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt. Auch aus gesellschaftspolitischer Sicht ist Weiterbildung unerlässlich, um politischen Extremen zu begegnen. Weiterbildung dient hier der gesellschaftlichen Aufklärung und verbessert die Urteilsfähigkeit in politischer, gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht. Sie trägt zu einer lebendigen Demokratie und zur Stabilisierung des Gemeinwesens bei. Auch die Globalisierung und der wissenschaftlich-technologische Fortschritt machen Weiterbildung notwendig, um Menschen dabei zu helfen, sich in einer sich verändernden Lebenswelt zu orientieren.

Das Qualifizierungschancengesetz unterstützt Unternehmen dabei, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzubilden, gestaffelt nach der Größe der Unternehmen. Es gibt weitere politische Diskussionsvorschläge, um die Weiterbildungskultur zu verbessern. Vorrangig muss es darum gehen, die Weiterbildungs-

angebote von Bund und Ländern besser aufeinander abzustimmen.⁵⁹

Hinter dem Begriff „Weiterbildung“ stehen sehr unterschiedliche Inhalte – von der beruflichen und betrieblichen Weiterbildung bis zur politischen Bildung. Es gibt unterschiedliche Zielgruppen: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Unternehmen, Menschen ohne Arbeitsplatz, politisch Interessierte. Sie haben sehr unterschiedliche Ziele: arbeitsfähig werden, neue Kompetenzen erlangen, Aufstieg und berufliche Weiterentwicklung ermöglichen. Inhalte und Qualität von Weiterbildungsangeboten sind sehr unterschiedlich, genau wie die Anbieter. Auch mit Blick auf Förderung, Finanzierung und Anerkennung von Weiterbildung gibt es große Unterschiede.

Die Expertengruppe Bildung empfiehlt:

Für den Bedarf weiterbilden: In der betrieblichen Weiterbildung müssen sich die Angebote am unternehmerischen Bedarf orientieren. Sie sollte daher in der Verantwortung der Unternehmen liegen. Darüber hinausgehende Angebote der beruflichen Weiterbildung sollten in enger Abstimmung mit den entsprechenden Handwerks-, Industrie- und Handelskammern sowie der Bundesagentur für Arbeit gestaltet werden.

Betrieblich weiterbilden: Unternehmen bzw. ihre Verbände müssen weiterhin für die nötige Qualität der betrieblichen Weiterbildung sorgen. Staatliche Qualitätssicherung darf nicht zur Bürokratisierung von Weiterbildung führen. Die Qualitätssicherung durch Unternehmen und ihre Verbände sollte so gestaltet sein, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geeignete Weiterbildungen leicht erkennen und ergreifen können.

Arbeitssuchende weiterbilden: Weiterbildungsmöglichkeiten für Arbeitssuchende sollten zielgenau und individuell erfolgen. Die Bundesagentur für Arbeit sollte intensiver als bisher Beratungsaufgaben für sinnvolle Weiterbildungsmaßnahmen von Arbeitssuchenden übernehmen.

Regionale Kooperationen unterstützen: Die Politik kann den Aufbau regionaler Kooperationen, bei denen Weiterbildung in Betrieben nicht für sich selbst, sondern für andere Betriebe durchgeführt wird, z. B. durch steuerliche Anreize unterstützen. Insbesondere in klein- und mittelständische Unternehmen ist die Weiterbildung angesichts der Herausforderungen der Digitalisierung auch mit staatlicher Unterstützung zu forcieren.

Akademische Weiterbildung ausbauen: Den Hochschulen kommt bei der akademischen Weiterbildung eine zentrale Rolle zu. Die Weiterbildungsangebote an Hochschulen sollten gefördert werden. Auch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen die Möglichkeit einer akademischen Weiterbildung erlangen, damit ihre Zukunft gesichert ist. Ebenso müssen beruflich Qualifizierte Zusatzqualifikationen erhalten können.

Anreize für Weiterbildung: Schon heute können Weiterbildungsmaßnahmen steuerlich geltend gemacht werden. Um die Anreize zu erhöhen, sollten die steuerlichen Vergünstigungen deutlich erhöht werden.

Politik und Zeitgeschichte nicht vergessen: Politische Bildung stärkt unsere Demokratie. Der Staat muss sich hier stärker engagieren und nach neuen Wegen suchen, möglichst vielen Menschen politische und zeitgeschichtliche Themen zu vermitteln. Ziel ist es, Interesse zu wecken, Kenntnisse zu vermitteln und das gesellschaftspolitische Engagement – von dem unser Gemeinwesen lebt – anzuregen.

Digitale Chancen nutzen: Moderne digitale Technik erlaubt es, Fortbildungsformate ortsunabhängig einzusetzen. Damit können flächendeckend und altersunabhängig Kursteilnehmer erreicht und zugleich der Aufwand reduziert werden. Es müssen die gleichen Qualitätsanforderungen gestellt und von ihnen erfüllt werden, die für den analogen Unterricht gelten.

10 Thesen für eine bessere Bildungspolitik

- 1 Ein im Gegensatz dazu positives Beispiel kann der bereits 2005 eingeführte und seither weiterentwickelte Hessische Bildungs- und Erziehungsplan von 0 bis 10 Jahren sein, <https://bep.hessen.de/> (letzter Aufruf: 17.7.2019).
- 2 Empfehlung zur Beruflichen Orientierung an Schulen, Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 7.12.2017. Vgl. dazu die Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit von Schulen und Berufsberatung zwischen der KMK und der Bundesagentur für Arbeit, Beschluss vom 15.10.04, in der Fassung vom 1.6.2017.
- 3 M. Prenzel: Leistung als Dimension und Qualitätsmerkmal guter Schulen, 2016, S. 17.
- 4 Vgl. OECD: Equity in Education, 2018.
- 5 C. Anger/A. K. Orth: Bildungsgerechtigkeit in Deutschland, 2016, S. 24 ff.; C. Kuhlmann: Bildungsarmut und die soziale „Vererbung“ von Ungleichheiten, 2008, S. 301 ff.; S. Walper: Sozialisation in Armut, 2008.
- 6 Häufig kommen zum Migrationshintergrund auch sozioökonomische Aspekte hinzu. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Bewegte Zeiten: Rückblick auf die Integrations- und Migrationspolitik der letzten Jahre. Jahresgutachten 2019, S. 117 f.
- 7 Der Anteil der drei- bis sechsjährigen Kinder mit Migrationshintergrund, die eine Kita besuchen, ist seit 2015 von 90 Prozent auf 82 Prozent gesunken. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Bewegte Zeiten: Rückblick auf die Integrations- und Migrationspolitik der letzten Jahre. Jahresgutachten 2019, 2019, S. 104.
- 8 K. Prien/R. Heinemann: Wir schlagen Alarm, 2014, S. 51 f., vgl. Pressemitteilung des Ministeriums für Schule und Bildung Nordrhein-Westfalen 6.7.2018: Inklusion umsteuern durch eindeutige Qualitätskriterien und zusätzliche Ressourcen.
- 9 B. Ahrbeck: Inklusion. Eine Kritik, 2016; B. Ahrbeck: Der Umgang mit Behinderung, 2017; H. Lang: Das Bildungsangebot für Behinderte, 2017.
- 10 A. Toprak/G. Weitzel: Deutschland das Einwanderungsland, 2017, S. 27.
- 11 Die Kosten für flächendeckende Ganztagschulen belaufen sich auf ca. 15 Milliarden Euro, vgl. K. Klemm/D. Zorn: Das kostet gute Ganztagschule für alle, 2017; vgl. auch J. Dräger: Unter seinen Möglichkeiten, 2013, S. 23.
- 12 M. Brodkorb: Warum Inklusion unmöglich ist. Über schulische Paradoxien zwischen Liebe und Leistung, 2013, S. 26 f. und S. 32.
- 13 Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz. Erläuterungen zur Konzeption und Entwicklung, 2004.
- 14 W. Geis-Thöne: Immer mehr Einser-Abiturienten. Und was ist mit den Besten?, IW-Kurzbericht 18/2019.
- 15 C. Henry-Huthmacher/E. Hoffmann (Hrsg.): Ausbildungsreife und Studierfähigkeit, 2016, S. 5.
- 16 Vgl. U. Bongertmann: Zeitgeschichtliche Bildung in der Schule – das Fach Geschichte, 2017; K. Schroeder/M. Deutz-Schroeder: Diktatur oder Demokratie? Defizite im zeitgeschichtlichen Wissen, 2017; M. Schulze Wessel: Der Angriff des Populismus auf die Geschichte, 2017.

- 17 Vgl. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: Bildung 2030 im Blick. Die bildungspolitischen Positionen der Arbeitgeber, 2017.
- 18 Vgl. S. Schöpfer-Grabe/I. Vahlhaus: Grundbildung und Weiterbildung für Geringqualifizierte, 2019.
- 19 A. Rödder: Konservativ 21.0. Eine Agenda für Deutschland, 2019, S. 60 f.
- 20 Für das Abitur vgl. S. Lin-Klitzing: Zur Zukunft des Gymnasiums, 2014, S. 10.
- 21 Vgl. A. Schleicher: Weltklasse. Schule für das 21. Jahrhundert gestalten, 2019.
- 22 Destatis (Hrsg.): Bildungsfinanzbericht 2018, S 31.
- 23 H.-P. Klös: Entwicklung der Bildungsausgaben seit 1995, IW-Kurzbericht 72, 2017.
- 24 Vgl. PISA-Ergebnisse im zeitlichen Verlauf. https://www.oecd-ilibrary.org/education/pisa_19963777 (letzter Abruf: 17.7.2019).
- 25 OECD: Education spending, 2019. <https://data.oecd.org/edure-source/education-spending.htm>. (letzter Abruf: 17.7.2019)
- 26 A. Pallack: Unterricht entwickeln mit digitalen Medien, 2017, S. 44 ff.
- 27 J. Nida-Rümelin/N. Weidenfeld: Digitaler Humanismus. Eine Ethik für das Zeitalter der Künstlichen Intelligenz, 2018.
- 28 M. Speich: Bildungsgerechtigkeit, 2013, S. 63 ff.
- 29 BMFSFJ: Kindertagesbetreuung kompakt. Ausbaustand und Bedarf, 2017, S. 4.
- 30 Destatis: Pressemitteilung 401 mit Statistik, 17.10.2018. https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2018/10/PD18_401_225.html (letzter Abruf: 17.7.2019).
- 31 H.-G. Roszbach/K. Klucznik/S. Kuger: Auswirkungen eines Kindergartenbesuchs auf den kognitiv-leistungsbezogenen Entwicklungsstand von Kindern, 2008, S. 139 ff.
- 32 BMFSFJ: Familie und frühe Bildung, 2016, S. 8; Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2018, 2018, S. 232.
- 33 Aktionsrat Bildung: Bildung 2030 – veränderte Welt, 2017, S. 93.
- 34 Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2018, S. 80.
- 35 Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2018, S. 289.
- 36 I. Wehrmann/C. Henry-Huthmacher: Bessere Qualität für Kitas, 2017, 4 ff; BMFSFJ (Hrsg.): Frühe Bildung weiterentwickeln und finanziell sichern. Materialsammlung zum Zwischenbericht 2016 von Bund und Ländern, 2016; Aktionsrat Bildung: Professionalisierung in der Frühpädagogik. Qualifikationsniveau und -bedingungen des Personals in Kindertagesstätten, 2012; BAMF (Hrsg.): Vorschulische Kinderbetreuung aus Sicht muslimischer Familien, 2017; C. Meiner-Teubner/M. Schilling: Erneut leichter Anstieg beim U3-Ausbau. Erste Analysen zur Kindertagesbetreuung 2015, 2015.
- 37 C. Meiner-Teubner/T. Rauschenbach/M, Schilling: Plätze. Personal. Finanzen. Der Kita-Ausbau geht weiter, 2017.
- 38 Nentwig-Gesemann, Iris/Nicolai, Katharina/Köhler, Luisa: Kita-Leitung als Schlüsselposition. Erfahrungen und Orientierungen von Leitungskräften in Kindertageseinrichtungen, 2016.

10 Thesen für eine bessere Bildungspolitik

- 39 J. Hattie: Visible Learning. A synthesis of over 800 meta-analyses relating to achievement, 2008; J. Hattie: Lernen sichtbar machen für Lehrpersonen, 2017; K. Zierer: Digitales Lernen. Möglichkeiten und Grenzen einer Digitalisierung im Bildungsbereich, 2018, S. 42 f.; S. Wiederhold/E. A. Hanushek/M. Piopiunik: The Value of Smarter Teachers: International Evidence on Teacher Cognitive Skills and Student Performance, 2018.
- 40 Auch die Lehrkräfte wollen eine Überarbeitung der Lehreraus- und -fortbildung: vgl. U. Beckmann: Didaktisch-pädagogischer Umbruch. Lehrer fordern eine Weiterentwicklung ihrer Ausbildung, 2014, S. 62; M. Prenzel: Leistung als Dimension und Qualitätsmerkmal guter Schulen, 2016, S. 25.
- 41 Economist: It has the world's best schools, but Singapore wants better, 1.9.2018, S. 11.
- 42 S. Wiederhold/E. A. Hanushek/M. Piopiunik: The Value of Smarter Teachers: International Evidence on Teacher Cognitive Skills and Student Performance, 2018.
- 43 S. Matthes/J. G. Ulrich/S. Flemming/R.-O. Granath/B. Milde: Deutlich mehr Ausbildungsplatzangebote, jedoch erneut mehr unbesetzte Plätze. Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2018. Analysen auf Basis der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, 2018.
- 44 R. Flake/D. Werner/M. Zibrowius: Karrierefaktor berufliche Bildung. Einkommensperspektiven von Fortbildungsabsolventen, 2016.
- 45 F. Maennig-Fortmann/N. Poppenhagen: Duales Studium. Ein Zukunftsmodell mit Optimierungsbedarf, 2019, S. 2.
- 46 BIBB-Datenreport 2018, S. 153.
- 47 Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Innovation der CDU Deutschlands: Vorschläge zur Weiterentwicklung der beruflichen Bildung, 2015, S. 3.
- 48 GEW: Prognose der Schüler*innenanzahl und der Lehrkräftebedarfs an Berufsbildenden Schulen bis 2030, 2018.
- 49 Deutscher Bundestag: Sechster Zwischenbericht der Enquête-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ – Bildung und Forschung. Drs. 17/12029, 2013, S. 35.
- 50 M. Anbuhl: Bildungsaufstieg jenseits der Hochschule, 2017, S. 32; M. Pollmer/G. Roser: Duale Ausbildung und Abiturgestaltung eines doppelqualifizierenden Bildungsgangs, 2016.
- 51 Hans-Böckler-Stiftung/IW Köln/Konrad-Adenauer-Stiftung/Vodafone-Stiftung: Berufsausbildung für Europas Jugend. Voneinander lernen, miteinander gestalten, 2016; Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Innovation der CDU Deutschlands: Vorschläge zur Etablierung einer Höheren Berufsbildung, 2016, S. 11.
- 52 Destatis: Pressemitteilung Nr. 460, 2018. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2018/11/PD18_460_213.html (letzter Abruf: 18.7.2019).
- 53 Destatis: Höhe der gesamten öffentlichen Bildungsausgaben in Deutschland von 1995 bis 2018. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36284/umfrage/oeffentliche-ausgaben-fuer-hochschulen-nach-koerperschaftsgruppen/> (letzter Abruf: 18.7.2019).
- 54 Wissenschaftsnetzwerk der Konrad-Adenauer-Stiftung: Hochschulautonomie. Von staatlichen Anstalten zu freien und Freiheit gewährenden Hochschulen, 2017, S. 4.

- 55 F. Bilger/F. Behringer/H. Kuper/J. Schrader (Hrsg.): Weiterbildungsverhalten in Deutschland 2016. Ergebnisse des Adult Education Survey (AES), 2016.
- 56 Bertelsmann Stiftung: Deutscher Weiterbildungsatlas. Teilnahme und Angebot in Kreisen und kreisfreien Städten, 2018, S. 10.
- 57 B. Placke/S. Seyda: Die neunte IW-Weiterbildungserhebung, 2017, S. 3.
- 58 C. Kleinert/O. Wölfel: Technologischer Wandel und Weiterbildungsteilnahme, 2018, S. 11.
- 59 Vgl. Parteitagsbeschluss der CDU „Deutschland braucht eine neue Weiterbildungskultur“. https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/sonstige_beschluesse_final.pdf?file=1 (letzter Abruf: 17.7.2019).

Literaturverzeichnis

A Ahrbeck, Bernd: Inklusion. Eine Kritik. Stuttgart: Kohlhammer, 3. Auflage, 2016.

Ahrbeck, Bernd: Der Umgang mit Behinderung. Stuttgart: Kohlhammer, 3. Auflage, 2017.

Aktionsrat Bildung: Professionalisierung in der Frühpädagogik. Qualifikationsniveau und -bedingungen des Personals in Kindertagesstätten. Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (Hrsg.). München: Waxmann, 2012.

Aktionsrat Bildung: Bildung 2030 – veränderte Welt. Fragen an die Bildungspolitik. Vereinigung der Bayrischen Wirtschaft e. V. (Hrsg.). München: Waxmann, 2017.

Anbuhl, Matthias: Bildungsaufstieg jenseits der Hochschule. In: Hoffmann, Elisabeth: Höhere Berufsbildung. Grundlagen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2017. S. 31–33.

Anger, Christina/Orth, Anja Katrin: Bildungsgerechtigkeit in Deutschland. Eine Analyse der Entwicklung seit dem Jahr 2000. Studie des IW Köln. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2016.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2018. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkungen und Erträgen von Bildung. Bielefeld: wbv, 2018.

B Beckmann, Udo: Didaktisch-pädagogischer Umbruch. Lehrer fordern eine Weiterentwicklung ihrer Ausbildung. In: Die politische Meinung, 525. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2014. S. 59–63.

Bertelsmann Stiftung: Qualität für Kinder unter Drei in Kitas. Empfehlungen an Politik, Träger und Einrichtungen. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2005.

Bertelsmann Stiftung: Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2018.

BDA – Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: Bildung 2030 im Blick. Die bildungspolitischen Positionen der Arbeitgeber. Berlin, 2017.

Bilger, Frauke/Behringer, Frederike/Kuper, Harm/Schrader, Josef: Weiterbildungsverhalten in Deutschland 2016. Ergebnisse des Adult Education Survey (AES). Bielefeld: wbv, 2016.

Bongertmann, Ulrich: Zeitgeschichtliche Bildung in der Schule – das Fach Geschichte. In: Analyse und Argumente, 254, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2017. S. 9.

Brodkorb, Mathias: Warum Inklusion unmöglich ist. Über schulische Paradoxien zwischen Liebe und Leistung. In: Brodkorb, Mathias/Koch, Katja (Hrsg.): Das Menschenbild der Inklusion. Schwerin: Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern, 2012. S. 25–34.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Vorschulische Kinderbetreuung aus Sicht muslimischer Familien. Working Paper 78, 2017.

10 Thesen für eine bessere Bildungspolitik

http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp78-vorschulische-kinderbetreuung-muslims.pdf?__blob=publicationFile (letzter Abruf: 17.7.2018).

Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Innovation: Vorschläge zur Weiterentwicklung der beruflichen Bildung. Beschluss des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Innovation der CDU Deutschlands. Berlin, 2015.

Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Innovation: Vorschläge zur Etablierung einer Höheren Berufsbildung. Beschluss des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Innovation der CDU Deutschlands. Berlin, 2016.

Bundesinstitut für Berufsbildung: Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2018. Bonn: BMBF, 2018.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Frühe Bildung weiterentwickeln und finanziell sichern. Materialien zum Zwischenbericht 2016 von Bund und Ländern. Berlin: BMFSFJ, 2016.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Familie und frühe Bildung. In: Monitor Familienforschung. Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik, 35. Berlin: BMFSFJ, 2016.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Kindertagesbetreuung kompakt. Ausbaustand und Bedarf 2017. Berlin: BMFSFJ, 2017.

C CDU Parteitagsbeschluss: Deutschland braucht eine neue Weiterbildungskultur. https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/sonstige_beschluesse_final.pdf?file=1 (letzter Abruf 17.7.2018).

D DESTATIS: Bildungsfinanzierungsbericht 2018. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, 2018. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/BildungKulturFinanzen/Bildungsfinanzbericht1023206187004.pdf?__blob=publicationFile (letzter Abruf 17.7.2018).

DESTATIS: Pressemitteilung 401 vom 17.10.2018. https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2018/10/PD18_401_225.html (letzter Abruf 18.10.2018).

Deutscher Bundestag: Sechster Zwischenbericht der Enquête-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ – Bildung und Forschung. Drucksache. 17/12029, 2013.

Deutscher Weiterbildungsatlas: Weiterbildungsteilnahme von Armen und Geringqualifizierten. Bei Zugang zu Weiterbildung deutlich benachteiligt. <https://kreise.deutscher-weiterbildungsatlas.de/ergebnisse/weiterbildungsteilnahme-von-armen-und-geringqualifizierten/index.nc> (letzter Abruf: 19.2.2019).

Dräger, Jörg: Unter seinen Möglichkeiten. Heterogenität ist zur Normalität geworden – darauf müssen die Gymnasien reagieren. In: Die politische Meinung 522. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2013. S. 20–24.

E The Economist: It has the world's best schools, but Singapore wants better. 1.9.2018, S.11.

10 Thesen für eine bessere Bildungspolitik

F Flake, Regina/Werner, Dirk/Zibrowius, Michael: Karrierefaktor berufliche Bildung. Einkommensperspektiven von Fortbildungsabsolventen. In: Vierteljahreszeitschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, 43.1, 2016. S. 85–103.

G Geis-Thöne, Wido: Immer mehr Einser-Abiturienten. Und was ist mit den Besten? IW-Kurzbericht, 18, 2019.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft: Prognose Schüler*innenanzahl und des Lehrkräftebedarfs an berufsbildenden Schulen bis 2030. Frankfurt, 2018.

H Hans-Böckler-Stiftung/IW Köln/Konrad-Adenauer-Stiftung/Vodafone-Stiftung: Berufsausbildung für Europas Jugend. Voneinander lernen, miteinander gestalten. Bonn, 2016.

Hattie, John A. C.: Visible Learning. A synthesis of over 800 meta-analyses relating to achievement. London: Routledge, 2008.

Hattie, John A. C.: Great Teachers. Interview mit John Hattie über einflussreiche, leidenschaftliche Lehrer. In: Die Politische Meinung, 522. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2013. S. 39–44.

Hattie, John A. C.: Lernen sichtbar machen für Lehrpersonen. Zierer, Klaus/Beywl, Wolfgang (Hrsg.). Hohengehren: Schneider Verlag, 3. Auflage, 2017.

Hessisches Kultusministerium: Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0–10 Jahren in Hessen (BEP). <https://bep.hessen.de/> (letzter Abruf 17.7.2018).

Henry-Huthmacher, Christine/Hoffmann, Elisabeth (Hrsg.): Ausbildungsreife und Studierfähigkeit. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2016.

K Klemm, Klaus/Zorn, Dirk: Gute Ganztagschule für alle. Kosten für den Ausbau eines qualitativollen Ganztagschulsystems in Deutschland bis 2030. Bertelsmann Stiftung, 2017. https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/Projekte/27_In_Vielfalt_besser_lernen/Gute_Ganztagschule_01.pdf (letzter Abruf 17.7.2018).

Kleinert, Corinna/Wölfel, Oliver: Technologischer Wandel und Weiterbildungsteilnahme. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 47, 2018. S. 11–15.

Klös, Hans-Peter: Entwicklung der Bildungsausgaben seit 1995. In: IW-Kurzbericht 72, 2017. <https://www.iwkoeln.de/studien/iw-kurzberichte/beitrag/hans-peter-kloes-entwicklung-der-bildungsausgaben-seit-1995-359800.html> (letzter Abruf 17.7.2018).

Kluczniok, Katharina/Kuger, Susanne/Rosbach, Hans-Günter: Auswirkungen eines Kindergartenbesuchs auf den kognitiv-leistungsbezogenen Entwicklungsstand von Kindern. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaften, Sonderheft 11, 2008. S. 139–158.

Kuhlmann, Carola: Bildungsarmut und soziale „Vererbung“ von Ungleichheiten. In: Huster, Ernst-Ulrich/Boeckh, Jürgen/Mogge-Grotjhan, Hildegard (Hrsg.): Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008. S. 301–319.

10 Thesen für eine bessere Bildungspolitik

Kultusministerkonferenz: Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz. Erläuterungen zur Konzeption und Entwicklung. Bonn, 2004. https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2004/2004_12_16-Bildungsstandards-Konzeption-Entwicklung.pdf (letzter Aufruf: 17.7.2018).

Kultusministerkonferenz: Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit von Schulen und Berufsförderung zwischen der Kultusministerkonferenz und der Bundesagentur für Arbeit. Beschluss vom 15.10.2004 in der Fassung vom 1.6.2017.

- L** Lang, Hansgünter: Das Bildungsangebot für Behinderte. Verfassungsrechtliche Anforderungen an das System der sonderpädagogischen Förderung. Eine Untersuchung auf der Grundlage der rechtlichen Regelungen und der schulischen Praxis im Saarland. Berlin: Duncker & Humblot, 2016.

Lin-Klitzing, Susanne: Zur Zukunft des Gymnasiums. In: Analyse und Argumente, 161. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2014.

- M** Maennig-Fortmann, Felise/Poppenhagen, Nadine: Duales Studium. Ein Zukunftsmodell mit Optimierungsbedarf. In: Analysen und Argumente 336. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2019.

Matthes, Stephanie/Ulrich, Joachim Gerd/Flemming, Simone/Granath, Ralf-Olaf/Milde, Bettina: Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2018. Deutlich mehr Ausbildungsplatzangebote, jedoch erneut mehr unbesetzte Plätze. Analysen auf Basis der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und der Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung, 2018.

Meiner-Teubner, Christine/Schilling, Matthias: Erneut leichter Anstieg beim U3-Ausbau. Erste Analysen zur Kindertagesbetreuung 2015. In: KOMDat, 18.2, 2015. S. 1–4.

Meiner-Teubner, Christiane/Rauschenbach, Thomas/Schilling, Matthias: Plätze. Personal. Finanzen. Der Kita-Ausbau geht weiter. Dortmund: TU Dortmund, 2017.

Meyer, Hans-Joachim: Akademische Massenausbildung und Bestenauslese – ein Widerspruch? In: Analysen und Argumente, 144. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2014.

Ministerium für Schule und Bildung Nordrhein-Westfalen: Inklusion umsteuern durch eindeutige Qualitätskriterien und zusätzliche Ressourcen. Pressemitteilung, 6.7.18. https://www.schulministerium.nrw.de/docs/bp/Ministerium/Presse/Pressemitteilungen/2018_17_LegPer/PM20180706_Inklusion/index.html (letzter Aufruf: 17.7.2019).

N Nentwig-Gesemann, Iris/Nicolai, Katharina/Köhler, Luisa: Kita-Leitung als Schlüsselposition. Erfahrungen und Orientierungen von Führungskräften in Kindertageseinrichtungen. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 2016.

Nida-Rümelin, Julian/Weidenfeld, Nathalie: Digitaler Humanismus? Eine Ethik für das Zeitalter der künstlichen Intelligenz. München: Piper, 2018.

O OECD: Equity in Education. Breaking Down Barriers to Social Mobility. Paris, 2018. <https://www.oecd.org/publications/equity-in-education-9789264073234-en.htm> (letzter Abruf 17.7.2018).

10 Thesen für eine bessere Bildungspolitik

OECD: Education spending. Paris, 2019. <https://data.oecd.org/eduresource/education-spending.htm> (letzter Abruf 17.7.2018).

P Pallack, Andreas: Unterricht entwickeln mit digitalen Medien. In: Lernende Schule 79, 2017. S. 44–46.

Placke, Beate/Seyda, Susanne: Die neunte IW-Weiterbildungserhebung, Kosten und Nutzen betrieblicher Weiterbildung. Köln: IW Köln, 2017.

Pollmer, Mirko/Roser, Gerd: Duale Ausbildung und Abitur – Gestaltung eines doppelqualifizierenden Bildungsgangs. In: BWP, 6, 2016. S. 52–53.

Prenzel, Manfred: Leistung als Dimension und Qualitätsmerkmal guter Schulen. In: Beutel, Silvia-Iris/Höhmann, Katrin/Panat, Hans Anand/Schratz, Michael: Handbuch Gute Schule, Sechs Qualitätsbereiche für eine zukunftsweisende Praxis. Seelze: Kallmeyer, 2016. S. 16–25.

Prien, Karin/Heinemann, Robert: „Wir schlagen Alarm“. Inklusionserfahrungen an den Hamburger Stadtteilschulen. In: Die politische Meinung 525. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2014. S. 50–54.

R Rödder, Andreas: Konservativ 21.0. Eine Agenda für Deutschland. Berlin: C. H. Beck, 2019.

S Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Bewegte Zeiten: Rückblick auf die Integrations- und Migrationspolitik der letzten Jahre. Berlin, 2019.

Schleicher, Andreas: Weltklasse. Schule für das 21. Jahrhundert gestalten. Paris: OECD, 2019.

Schöpfer-Grabe, Siegrid/Vahlhaus, Isabel: Grundbildung und Weiterbildung für Geringqualifizierte. IW-Trends 1/2019. Köln: IW Köln, 2019.

Schroeder, Klaus/Deutz-Schroeder, Monika: Diktatur oder Demokratie. Defizite im zeitgeschichtlichen Wissen. In: Analyse und Argumente, 255. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2017.

Schulze Wessel/Martin: Angriff des Populismus auf die Geschichte. Weshalb ein kritisches Geschichtsbewusstsein für die Demokratie unerlässlich ist. In: Analyse und Argumente, 256. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2017.

Speich, Mark: Bildungsgerechtigkeit. Von übertriebenen Hoffnungen auf Schulstrukturreformen und unterschätzten Potenzialen der Familie. In: Die Politische Meinung, 522. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2013. S. 59–64.

- T** Toprak, Ahmet/Weitzel, Gerrit: Deutschland das Einwanderungsland. Wie die Integration junger Geflüchteter gelingen kann. Wiesbaden: Springer VS, 2017.
- W** Walper, Sabine: Sozialisation in Armut. In: Hurrelmann, Klaus/Grundmann, Matthias/Walper, Sabine (Hrsg.): Handbuch der Sozialisationsforschung. Weinheim: Beltz, 2008. S. 204–214.

10 Thesen für eine bessere Bildungspolitik

Wehrmann, Ilse/Henry-Huthmacher, Christine: Bessere Qualität für KiTas. In: Analyse und Argumente, 246. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2017.

Wiederhold, Simon/Hanushek, Eric A./Piopiunik, Marc: The Value of Smarter Teachers. International Evidence on Teacher Cognitive Skills and Student Performance? Cambridge: NBER Working Papers Series, 2. überarbeitete Auflage, 2018.

Wiesner, Kim-Maureen: Image und Attraktivität der deutschen Berufsbildung für Studierende in Deutschland. In: Schlögel, Peter/Stock, Michaela/Moser, Daniela/Schmid, Kurt/Gramlinger, Franz: Berufsbildung, eine Renaissance? Motor für Innovation, Beschäftigung, Teilhabe, Aufstieg, Wohlstand,... Bielefeld: wbv, 2017. S. 267–278.

Wissenschaftsnetzwerk der Konrad-Adenauer-Stiftung: Hochschulautonomie. Von staatlichen Anstalten zu freien und Freiheit gewährenden Hochschulen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2017.

- Z** Zierer, Klaus: Digitales Lernen. Möglichkeiten und Grenzen einer Digitalisierung im Bildungsbereich. In: Arnold, Norbert/Köhler, Thomas: Digitale Gesellschaft, Gestaltungsräume. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2018.

Expertengruppe Bildung

Folgende Mitglieder der unabhängigen bildungspolitischen Expertengruppe der Konrad-Adenauer-Stiftung haben an der Diskussion zur Erstellung des Papiers mitgewirkt und unterstützen die Empfehlungen:

Prof. Dr. Bernd Ahrbeck

Ehem. Lehrstuhl für Verhaltensgestörtenpädagogik im Institut für Rehabilitationswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Dr. Norbert Arnold

Leiter des Teams Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Hauptabteilung Politik und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser

Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB)

Christine Henry-Huthmacher

Koordinatorin für Familien- und Frauenpolitik, Hauptabteilung Politik und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung

10 Thesen für eine bessere Bildungspolitik

Dr. Hans-Peter Klös

Leiter Wissenschaft, Institut der deutschen Wirtschaft

Thomas Köhler

Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing

Institut für Schulpädagogik, Universität Marburg;
Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes

Felise Maennig-Fortmann

Koordinatorin für Bildungs- und Hochschulpolitik, Hauptabteilung Politik und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz

Minister a. D., ehem. Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin

Dr. Andreas Pallack

Schulleiter des Franz-Stock-Gymnasiums, Arnsberg;
Mitglied des Bundesvorstandes, MNU – Verband zur Förderung des MINT-Unterrichts

Prof. Dr. Andreas Rödder (Sprecher der Expertengruppe Bildung)
Mitglied des Vorstandes der Konrad-Adenauer-Stiftung;
Lehrstuhl für Neueste Geschichte, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Gisela Schultebraucks-Burgkart
Ehem. Leiterin der Grundschule Kleine Kielstraße, Dortmund

Dr. Susanna Schmidt
Leiterin der Hauptabteilung Begabtenförderung und Kultur, Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Mark Speich
Berlin

Dr. Kevin Straßburger
Ehem. wissenschaftlicher Mitarbeiter, Team Bildungs- und Wissenschaftspolitik,
Hauptabteilung Politik und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung

Katja Urbatsch
Gründerin und Geschäftsführerin, ArbeiterKind.de

Prof. Dr. Sabine Walper
Forschungsdirektorin am Deutschen Jugendinstitut

10 Thesen für eine bessere Bildungspolitik

Bettina M. Wiesmann MdB

Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Prof. Dr. Klaus Zierer

Ordinarius für Schulpädagogik, Universität Augsburg

Impressum

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020, Berlin

Gestaltung und Satz: yellow too Pasiek Horntrich GbR

Die Printausgabe wurde bei der Druckerei Kern GmbH, Bexbach,
klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.
Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der
Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-95721-607-6

